

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 127 · 11. JAHRGANG · AUSGABE 8/2005 · VOM 12. AUGUST 2005 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Der Coup gegen
städtische Gesellschaften**
Nacht- und Nebelaktion vor 9 Jahren

8/9 | **Seifenblasenfabrik und
Zertreterdemokratie**
Montagsdemo zur Bundestagswahl

12 | **»Die Wirtschaft befreit die
Menschen von der Arbeit«**
Ein Unternehmer als Marxist?

Verdacht der Untreue

Stadtwerkeverkauf war rechtswidrig

Wegen der fehlenden Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung über den Stadtwerkeverkauf *»dürfte ein Verstoß gegen § 35 Abs. 2 Nr. 26 GO vorliegen«*. Das stellte die Kommunalaufsicht des Landkreises Barnim am 22. Juli nach einer Anfrage zur Rechtmäßigkeit des Verkaufs fest. Nach § 35 Abs. 2 Nr. 26 der Gemeindeordnung des Landes Brandenburg (GO) liegt nämlich *»eine Entscheidung über Art und Umfang der Beteiligung der Unternehmen, an denen die Gemeinde mehr als ein Viertel der Geschäftsanteile hält, an weiteren Unternehmen«* in der ausschließlichen Zuständigkeit der Gemeindevertretung. Die Technischen Werke Eberswalde (TWE), gehören der Stadt zu 100 Prozent. Die TWE konnten also nicht für sich über den Verkauf ihrer Anteile an den Stadtwerken entscheiden. Das durfte nur die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung.

Die Volksvertreter hatten aber zunächst gar keine Gelegenheit, in das Geschehen einzugreifen. Von den seit Januar laufenden Verhandlungen der Verwaltung mit den anderen Gesellschaftern der Stadtwerke über den Verkauf der städtischen Anteile wußten sie nichts. Erstmals öffentlich angesprochen wurde das Thema Stadtwerkeverkauf am 27. April im städtischen Finanzausschuß. Der neue Finanzdezernent Uwe Birk meinte, so *»mit einem Schlag«* die aufgelaufenen Haushaltsdefizite *»wegzubekommen«* (MOZ, 29.4.2005). Beschlüsse oder Empfehlungen seitens des Ausschusses gab es nicht. Knapp zwei Wochen darauf diskutierten am 10. Mai die Finanzexperten der Fraktionen in nichtöffentlicher Runde des *»Arbeitskreises zur Haushaltskonsolidierung«* über das Thema (MOZ, 12.5.2005). Und nur zwei Tage später faßte die Gesellschafterversammlung der TWE, die aus den Mitgliedern des städtischen Hauptausschusses besteht, in einer blitzartig einberufenen Sitzung per Tischvorlage den Beschluß zum Verkauf der Anteile (MOZ, 14. und 17.5.2005, vgl. auch BBP 6 u. 7/2005).

Eine normale politische Entscheidungsfindung durch das zuständige Gremium – die Stadtverordnetenversammlung – war bei diesem Schnelldurchlauf von vornherein ausgeschlossen. Ohne politische Diskussion waren Tatsachen geschaffen worden. Die Stadtverordneten, die erst im Juni wieder zu regulären Sitzungen zusammenkamen, hatten da nur noch einen bereits gefaßten Beschluß abzunicken.

Das allein ist eine politische Schweinerei, die mit Seriosität, die man von der verantwortlichen Verwaltungsspitze wohl erwarten darf, nichts zu tun hat.

Doch auch formal-rechtlich schossen der Bürgermeister und seine Crew am Ziel vorbei. Die Beschlußvorlage für den Anteilsverkauf hatte der Bürgermeister am 16. Juni ungerechtfertigt im nichtöffentlichen

Teil der StVV auf die Tagesordnung gesetzt. Dr. Spangenberg (Fraktionsvorsitzender BKB/Freie Wähler) forderte daher am 26. Juni den Bürgermeister auf, den StVV-Beschluß zu beanstanden. Dieser Forderung kam der Bürgermeister am 27. Juni nach. Die daraufhin notwendige Wiederholung der StVV sollte am 14. Juli stattfinden.

Der in nichtöffentlicher Sitzung gefaßte StVV-Beschluß über den Verkauf der Stadtwerkeanteile wurde also vom Bürgermeister als rechtswidrig angesehen und mit aufschiebender Wirkung kassiert. Dennoch ließ es derselbe Bürgermeister zu, daß einen Tag nach seiner Beanstandung, am 28. Juni, der notarielle Vertrag über den Anteilverkauf abgeschlossen wurde. Ohne den notwendigen Vorbehalt einer gültigen Zustimmung durch die StVV.

Eine solche Zustimmung der StVV gibt es bis heute nicht. Entgegen der Auffassung der Kommunalaufsicht, zu der diese, wie sie schreibt, nach intensiven Telefonaten mit dem Beigeordneten Lutz Landmann gekommen war, führt die fehlende Zustimmung der StVV auch zur Ungültigkeit des Gesellschafterbeschlusses vom 12. Mai. Wie Teilnehmer bestätigen, wurde damals auf den Vorbehalt der Bestätigung durch die StVV hingewiesen. Doch davon weißt die vom Beigeordneten informierte Kommunalaufsicht nichts. Sie stellt die Gemein-

deordnung auf den Kopf und meint, allein der Gesellschafterbeschluß sei entscheidend und jede nachträgliche Beschlußfassung durch die gesetzlich zuständige StVV *»entbehrlich«*.

Der Stadtwerkeverkauf ist zwar rechtswidrig, so die Kommunalaufsicht, das sei aber eine innere Angelegenheit der Stadt Eberswalde. Im Außenverhältnis sei bei aller Rechtswidrigkeit der Beschluß der nachgeordneten Organe und der Kaufvertrag gültig. Eine Sicht, die der Willkür nachgeordneter Verwaltungsorgane Tür und Tor öffnet.

Der stellvertretende Bürgermeister Lutz Landmann reagierte schnell, als die erwünschte Antwort der Kommunalaufsicht eintraf. Über den stellvertretenden StVV-Vorsitzenden veranlaßte er die Absetzung der für den 14. Juli einberufenen StVV-Sitzung. Aufgrund der Sommerpause fehlte den meisten Fraktionen bisher die Gelegenheit, sich über die neue Situation auszutauschen. Die normale Geschäftstätigkeit der StVV-Gremien beginnt erst Ende August. Die nächste StVV-Sitzung findet am 22. September statt.

Das Thema Stadtwerkeverkauf wird uns daher wohl noch eine Weile beschäftigen, zumal auch das Aktionsbündnis *»Unser Eberswalde«* laut einer Presseerklärung *»hinreichenden Verdacht für den Tatbestand der Untreue«* sieht und die Sache kaum auf sich beruhen lassen wird.

GERD MARKMANN



Stadtwerkeverkauf: Geldregen für die Stadt – oder ein Fluch? Wegen der ominösen Umstände der Beschlußfassung steht der Verdacht der Untreue im Raum.

Bundesweit beachtet

Die Aktion des Barnimer Aktionsbündnisses gegen Gentechnik zur Bekanntmachung der Standorte auf denen genmanipulierte Pflanzen angebaut werden, findet unsere Unterstützung. Anliegen der AG Umwelt bei der Linkspartei. PDS Barnim ist, es gar nicht erst dazu kommen zu lassen, daß gentechnisch verändertes Saatgut ausgesät wird.

Auf Vorschlag der AG Umwelt brachte die PDS-Fraktion in der StVV Eberswalde im Juni einen Beschlußantrag ein, wonach die Landwirtschaft auf dem Territorium der Stadt Eberswalde frei von Gentechnik bleiben soll. Mit dem mehrheitlich angenommenen Antrag werden die im Eberswalder Stadtgebiet wirtschaftenden Landwirte aufgerufen, sich zur gentechnikfreien Produktion zu bekennen und mit ihren Betrieben der gentechnikfreien Region Uckermark-Barnim beizutreten.

Mit dem StVV-Beschluß ist Eberswalde nach der Stadt Leipzig, die sich im Mai zur »Gentechnikfreien Kommune« erklärte, die zweite gentechnikfreie Gemeinde in Ostdeutschland. Das fand bundesweite Aufmerksamkeit. »Ihr seid Pfundskerle«, meinte beispielsweise Annemarie Kersten von der AG Umwelt des PDS-Landesverbandes Brandenburg. Sie spielte damit darauf an, daß die PDS auf kommunaler Ebene nicht unmittelbar mit Umweltthemen identifiziert wird. Reaktionen kamen u.a. auch von der Initiative für ein gentechnikfreies Brandenburg, vom BUND Brandenburg, von DEMETER und vom rheinland-pfälzischen BUND. Nachzulesen sind die Reaktionen auch im Internet u.a. auf www.gentechnikfreie-regionen.de, www.dosto.de, www.keine-gentechnik.de und www.nadeshda.org. Sogar im Ausland, unter www.zeit-fragen.ch, fand der Eberswalder StVV-Beschluß Aufmerksamkeit.

Der AG Umwelt bei der Linkspartei. PDS Barnim geht es nicht um die Verteufelung neuer Technologien. Doch von den nicht voraussehbaren Risiken der Agro-Gentechnik sind nicht nur Gentechnik-Befürworter betroffen, sondern alle. Das Bekenntnis zur Gentechnikfreiheit entspricht dem Image der Waldstadt Eberswalde und dem internationalen Renommee der Fachhochschule. Die Ablehnung, gentechnisch veränderte Pflanzen freizusetzen, unterstützt die Anstrengungen, die Eberswalde in den letzten Jahren zugunsten eines attraktiven Tourismus in der Region unternommen hat. Als »Gentechnikfreie Kommune« fördert die Stadt zudem die regionalen Marken, die der Vermarktung der in unserer Region erzeugten landwirtschaftlichen Produkte dienen.

Angesichts der wirtschaftlichen Vorteile eines Beitritts zur gentechnikfreien Region und der unübersichtlichen Gefahren, die der Einsatz genmanipulierter Pflanzen in sich birgt, hofft die AG Umwelt bei der Linkspartei. PDS Barnim, daß die Landwirte in der Stadt Eberswalde dem Aufruf der StVV folgen.

CHRISTIAN REHMER,
AG Umwelt bei der Linkspartei. PDS Barnim

AfA Barnim gegründet

»Die Zeit ist reif, daß der Einfluß der Arbeitnehmer in der SPD größer wird«

Eberswalde (afa). Am 11. Juli gründete sich die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) für den Landkreis Barnim. Die AfA repräsentiert den Arbeitnehmerflügel in der SPD. Als besondere Gäste waren der Landesvorsitzende der AfA Brandenburg Detlef Baer, der ver.di Fachbereichsleiter (Sonstige Dienstleistungen) im Landesbezirk Berlin-Brandenburg Karlheinz Gerhold und der Vorsitzende der DGB-Region Uckermark/Barnim Olaf Himmel eingeladen. In ihren Eröffnungsreden begrüßten Baer und Gerhold die Gründung der AfA Barnim und boten auch weiterhin ihre Unterstützung an. »Steigende Armut ist ein Armutszeugnis unserer Gesellschaft und muß vorrangig bekämpft werden«, betonte Baer.

Der gewählte Vorstand der AfA Barnim setzt sich aus dem Vorsitzenden Andreas Steiner, seiner Stellvertreterin Birgitt Hellenbach und den fünf Beisitzern Heidi Jockel, Uwe Voß, Martin Ehlers, Jens Gröger und Werner Voigt zusammen. »Wir fühlen uns den sozialdemokratischen Grundwerten verpflichtet und knüpfen an höchst aktuelle politische Ziele an, für

die sich engagierte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit mehr als 140 Jahren einsetzen«, so der Vorsitzende Steiner. »Vor Ort brauchen die Erwerbstätigen, Erwerbslosen und sozial Benachteiligten eine starke Lobby. Nun scheint die Zeit reif zu sein, daß die AfA wieder einen größeren Einfluß auf den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Kurs der SPD nehmen kann. Schon lange sehen wir Korrekturbedarf bei den Arbeitsmarktreformen. Sozial ist, was gerecht bezahlte Arbeitsplätze schafft. Die volkswirtschaftlich kontraproduktiven Ein-Euro-Jobs hingegen sind ein Dorn im Auge und sollten abgeschafft werden, denn sie vernichten auch reguläre Arbeitsplätze. Zudem wurde mit Einführung dieser Regelung dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet, weil finanzschwache Kommunen alles dransetzen, auf Kosten der Langzeitarbeitslosen handlungsfähig zu bleiben.«

Die monatlichen Sitzungen der AfA Barnim sind öffentlich und werden über die lokale Presse angekündigt. Eine Homepage befindet sich im Aufbau.

Permakultur Jahrestagung 2005 in Eberswalde

Energie für eine nachhaltige Zukunft

»Energie« lautet das große Thema der diesjährigen Jahrestagung des deutschen Permakultur Instituts, die vom 16.-18. September im Wald-Solar-Heim stattfindet. Neben der umweltschonenden Nutzung von regenerativen Energiequellen und nachwachsenden Rohstoffen wird es ebenfalls um die verschiedenen Formen von Energie in unserem Lebensalltag gehen (menschliche Energie, Energie in der Gruppe, Geomantie...). Ein buntes Programm an Vorträgen, Workshops, Führungen und gemeinsamen Aktivitäten laden zur Teilnahme ein (nähere Infos in der nächsten BBP-Ausgabe oder unter www.permakultur.de).

Die Jahrestagung findet zum ersten Mal in Eberswalde statt. Hierbei wurden die Wald-

stadt und das Wald-Solar-Heim ganz bewußt als Tagungsort gewählt. Da sich Permakultur vor allem mit einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung befaßt und der Titel der Veranstaltung in Beziehung mit der Förderung von erneuerbaren Energie Aktivitäten in der Barnimer Region steht, paßt dieser Rahmen besonders gut.

An der Jahrestagung kann jeder teilnehmen, auch Nichtmitglieder. Dazu ist jedoch eine Anmeldung bis zum 31.08.2005 notwendig.

DANIEL FISCHER

Anmeldung; Permakultur Institut e. V., Monika Hommel, Hache 6a, 27305 Engeln, eMail: monikahommel@arcor.de
Tagungsgebühr 16.-18.9.: 25 Euro (ermäßig: 20 Euro), Tagesgäste erwünscht.

Preis »Für ein tolerantes Eberswalde«

Das Netzwerk »Für ein tolerantes Eberswalde« schreibt seinen diesjährigen Preis für besondere und vorbildhafte Bemühungen zur Integration von Migrantinnen und Migranten aus. Der Preis ist mit 500 Euro dotiert. Sich bewerben oder vorgeschlagen werden können Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde oder hier aktive Menschen, ebenso sind zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse und professionelle Organisationen angesprochen.

Die Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit und der Jugend- und Kulturverein Exil e.V. vergeben verbunden mit dieser Ausschreibung einen speziellen

Preis für Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Schule, Berufsausbildung) dotiert mit 300 Euro. Bewerbungen und Vorschläge sind bis zum 8. September an die Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit bei der Stadt Eberswalde, Dr. Zinn Weg 18, in 16225 Eberswalde zu richten.

Die Preisverleihung findet am Freitag, den 23. September abends in der Jugendeinrichtung EXIL statt. Also am Vorabend des 3. Internationalen Kinder- und Jugendfestes, das am nächsten Tag im benachbarten Familiengarten gefeiert wird.

KAI JAHNS

Bürgermeister Schulz und das Amtsblatt Eberswalde:

Ich bin der Zensor

»Sie sollten berücksichtigen, daß die Veröffentlichung von Beiträgen, zu denen man berechtigt ist, nicht zwingend veröffentlicht werden müssen. Die letzte Entscheidung obliegt dem Herausgeber.« So Bürgermeister Reinhard Schulz in seiner Antwort auf die Beschwerde des Finower Ortsbürgermeisters Albrecht Triller wegen der Nichtveröffentlichung des von ihm zum Thema Stadtwerkeverkauf für das Eberswalder Amtsblatt Nr. 6/2005 eingereichten Beitrages. Schulz hält damit *»den Vorgang für abgeschlossen«*.

Letzterem dürfte zu widersprechen sein. Reinhard Schulz hat recht, wenn er schreibt, *»die letzte Entscheidung obliegt dem Herausgeber«*. Herausgeber ist aber die Stadt Eberswalde – nicht der Bürgermeister. Das nach den Bürgerinnen und Bürgern oberste Organ der Stadt Eberswalde ist die Stadtverordnetenversammlung – nicht der Bürgermeister. Und diese Stadtverordnetenversammlung hat entschieden. Sie hat in der Hauptsatzung der Stadt

Eberswalde – die auch für das Handeln des Bürgermeisters verbindlich ist – in § 19 (5) festgelegt, daß Ortsbürgermeister berechtigt sind, *»monatlich einen Beitrag im Amtsblatt für die Stadt Eberswalde – Eberswalder Monatsblatt – zu veröffentlichen«*. Einschränkungen sieht die Hauptsatzung lediglich hinsichtlich des Umfangs vor. Die zuvor enthaltene inhaltliche Einschränkung, die ein Einvernehmen mit dem StVV-Vorsitzenden – nicht mit dem Bürgermeister – vorsah, wurde im Herbst vorigen Jahres nach Intervention durch die Kommunalaufsicht gestrichen.

Bürgermeister Reinhard Schulz steht also mit seiner schriftlich geäußerten Sicht nicht auf dem Boden der für ihn geltenden Gesetze und Vorschriften. Den Vorwurf der Willkür und des Amtsmissbrauchs muß er sich in diesem konkreten Fall wohl gefallen lassen. Ihm wäre zu raten, daß er sich schnellstmöglich wieder auf den Boden des geltenden Rechts begibt.

GERD MARKMANN

Vor 9 Jahren:

Coup gegen städtische Gesellschaften

Eberswalde (bbp). Aktionen, wie der Stadtwerkeverkauf vorbei an der zuständigen Stadtverordnetenversammlung, haben in Eberswalde Tradition. In der *»Barnimer Bürgerpost«* 12/96 vom 2. August 1996 wird unter der Überschrift *»Der Coup der Eberswalder Dezernenten«*, darüber berichtet:

»Die kommunalen Abgeordneten machen Sommerpause, der Bürgermeister von Eberswalde und der Barnimer Landrat sind im Urlaub«, heißt es da. *»Organisierte Politik findet kaum statt, die Bürgerinnen und Bürger sind mit anderen Sachen beschäftigt – Sommerloch. DIE Chance für tüchtige Dezernenten, endlich mal zu zeigen, was in ihnen steckt... Ziel des Dezernenten-Coups wurden die in gemeinsamer Trägerschaft der Stadt Eberswalde und des Landkreises Barnim stehenden Poliklinik-Nachfolgeeinrichtungen: die Medicus Center GmbH (MEG) mit 7 Ärzten und dem dazugehörigen medizinischen Personal sowie die Gesundheitszentrum Verwaltungs-GmbH (GZG), von der die Gebäude verwaltet und technisch betreut werden... Dietlinde Möller, seit deren Gründung in Personalunion Geschäftsführerin beider Gesellschaften, fühlte sich am Vormittag des 28. Juni wie vom Schlag getroffen. Am Morgen hatten sich die Urlaubsvertretungen von Bürgermeister und Landrat Christian Trill für die Stadt und Klaus-Dieter Schmidt für den Landkreis zu einer Gesellschafterversammlung getroffen. Mit ihrer Unterschrift übernahmen sie sozusagen den legislativen Teil, während Dezernent Landmann für*

die Ausführung sorgte. Landmann teilte der überraschten Geschäftsführerin mit, daß sie abberufen, ihr Arbeitsverhältnis zum Ende des Jahres gekündigt und sie selbst ab sofort beurlaubt sei. Sie hatte innerhalb von Minuten ihr Büro zu verlassen. Sogar die Türschlösser wurden ausgewechselt.« Beanstandungen an der Arbeit der Geschäftsführerin gab es keine. Hintergrund der damaligen Nacht- und Nebelaktion war offenbar, mit der Geschäftsführerin ein mögliches Hindernis für die spätere Angliederung der Poliklinik-Gesellschaften an das Forßmann-Krankenhaus zu beseitigen.

Parallelen zu den Stadtwerken zeigen sich nicht nur in der Art und Weise, wie vollendete Tatsachen geschaffen wurden. Ähnlich wie die Stadtwerke standen MEG und GZG wirtschaftlich auf einem soliden Fundament. Die Investitionen der ersten Jahre begannen sich auszuzahlen. Die Gesellschaften schrieben schwarze Zahlen, in den nächsten Jahren wären sogar Ausschüttungen zu erwarten gewesen. Kein Wunder, daß da jemand Gefallen an den lukrativen Gesellschaften fand. Damals war es der Landkreis als Miteigentümer, der die Gesellschaften in seinen Krankenhauskonzern einverleibte und in dem eventuelle Überschüsse der nunmehrigen Tochtergesellschaften in jedem Falle *»verdunsten«*.

Zum Schaden der Stadt Eberswalde, die als Gegenleistung für die beiden Gesellschaften einen 5-Prozent-Anteil an der Krankenhaus-Holding erhielt – ohne jemals auch nur eine Aussicht auf Gewinnausschüttungen zu haben.

»Seltsame Vorstellungen«

Der Schorfheider Bürgermeister Uwe Schoknecht hat vorgeschlagen, den ZWA zu privatisieren. Einsehen würde ich den Vorschlag, für den ZWA einen Insolvenzantrag zu stellen, um nach einer Neugründung frei von Altlasten wirtschaften zu können – wenn das möglich wäre. Erhard Polzer weiß um die fatalen Folgen einer Privatisierung der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung (*»Barnimer Blitz«*, 21.5.2005, S.3): steigende Preise, nachlassende Qualität und natürlich Arbeitsplatzabbau. Reimer Loose (ebd., S.9) nennt als Beispielländer für eine private Wasserversorgung England und Frankreich. In Mittel- u. Südamerika gab es bereits Volksaufstände.

Der (kostenlose!) Zugang zu sauberem Trinkwasser gehört zu den (unveräußerlichen!) Menschenrechten! Daß diese auch in Deutschland schon lange nicht mehr *»unveräußerlich«* sind, müßte selbst den naivsten Gemütern aufgefallen sein. Da sich der ZWA durch sein Gebaren (Anschlußzwang, hohe Grundgebühren etc.) auch in Zukunft heftigsten Attacken scheinbar wissentlich und willentlich aussetzt, braucht man sich allerdings über die seltsamen Vorstellungen einiger Zeitgenossen nicht zu wundern.

ANDY LOSCH

3 Millionen Fördermittel

Über ein Drittel fließt in den »Rückbau«

Eberswalde (prest-ew/bbp). Freudig nahm Bürgermeister Reinhard Schulz die Fördermittelbescheide entgegen, die ihm Jürgen Schweinberger, Abteilungsleiter Stadtentwicklung und Wohnungswesen im Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung, überreichte. 3,025 Millionen Euro fließen in verschiedene Baumaßnahmen in der Stadt. Die Fördermittel sind auf vier Bescheide verteilt. Allein 1,3 Millionen Euro sind für den sogenannten Stadtbau bestimmt, der im wesentlichen aus dem *»Rückbau«* von Wohneinheiten besteht. Weitere 1,07 Millionen Euro fließen in die Umgestaltung des Marktplatzes. Hier sollen die Bauarbeiten noch im Herbst mit einer Tiefenentrümmerung im Bereich der geplanten Baumpflanzungen beginnen. *»Richtig los«* gehe es dann im Frühjahr nächsten Jahres, so Bürgermeister Schulz, der anmerkte, *»wenn das Wunderlich-Haus (Neubau des Kreishauses auf dem Pavillonplatz) fertig ist, ist auch der Marktplatz fertig.«*

Mit 450.000 Euro werden Aufwertungsmaßnahmen in der Messingwerksiedlung in Finow gefördert und 200.000 Euro fließen in das Projekt Soziale Stadt im Brandenburgischen Viertel zur Aufwertung des öffentlichen Raumes.

Die Stadt muß die Mittel zur Kofinanzierung bereitstellen. Während der *»Rückbau«* zu 100 Prozent gefördert wird, ist bei den Bau- und Aufwertungsmaßnahmen üblicherweise ein Drittel als Eigenanteil bereitgestellt werden, das sind etwa 860.000 Euro.

Wahlhelfer gesucht

Eberswalde (prest-ew). Für die Bundestagswahl am 18. September 2005 sucht die Stadt Eberswalde rund 200 freiwillige Helferinnen und Helfer für die Besetzung der Wahllokale in den 33 Wahlbezirken. Die Wahllokale sind am Wahltag, dem 18. September, von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Pausenzeiten werden durch Ablösungen vereinbart. Nach 18 Uhr werden die Helferinnen und Helfer noch einmal ca. zwei Stunden für die Auszahlung der Stimmzettel benötigt. Eine Aufwandsentschädigung von 16 Euro ist hierfür vorgesehen. Besondere Vorkenntnisse sind für diese Tätigkeit nicht erforderlich. Wer am Wahlsonntag mithelfen möchte, muß wahlberechtigt sein, die deutsche Staatsbürgerschaft haben und mindestens 18 Jahre alt sein. Interessenten melden sich bitte bei der Stadtverwaltung Eberswalde, Frau Kittel (Tel.: 64 160) oder Frau Richnow (Tel.: 64 161).

AfA Barnim:

Gegen »große Koalition«

In einem Beschluß hat sich die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD im Landkreis Barnim gegen eine große Koalition nach der Bundestagswahl 2005 ausgesprochen. Die AfA Barnim begründete ihre Entscheidung damit, daß die politischen Ziele von CDU/CSU und SPD nicht miteinander vereinbar sind. Als Koalitionspartner müßte die SPD wesentliche Teile des von sozialer Kälte geprägten Wahlprogramms der Union mittragen, welches für die Zukunft Deutschlands nicht zu verantworten wäre. Die Folge wäre ein weiterer Vertrauensverlust bei den Wählerinnen und Wählern. Eine große Koalition unter der Federführung von CDU/CSU würde Angela Merkel ins Kanzleramt heben, der dann alle Türen offen stehen, um »durchregieren« zu können.

Durch einen Antrag möchte die AfA Barnim in den SPD-Ortsvereinen dafür werben, daß sie ihren Delegierten nach der Bundestagswahl die Empfehlung geben, im Rahmen einer Regierungsbildung nicht für die Große Koalition zu stimmen. Das versteht die AfA Barnim als Basisarbeit von unten nach oben.

MARTIN EHLERS,
Pressesprecher der AfA-Barnim

Wasserturm gefördert

Eberswalde (prest-ew/bbp). Fördermittel in Höhe von 750.000 Euro für die Hüllensanierung des Finower Wasserturmes konnte der Eberswalder Bürgermeister Schulz kürzlich entgegennehmen. Damit sei ein weiterer Schritt zur Sanierung dieses historischen Wahrzeichens der Stadt erreicht. Im Vorjahr hatte der Turm in einer spektakulären Aktion eine neue Aussichtsplattform erhalten. Die Hüllensanierung ist eine dringende Voraussetzung, um den Turm öffentlich begänglich zu machen.

Sprechstunden unter freiem Himmel

Dagmar Enkelmann, Ralf Christoffers und Margitta Mächtig unterwegs im Barnim

Kreis Barnim (mm/bbp). Normalerweise kommen Bürgerinnen und Bürger in die Sprechstunden der Büros oder besuchen die Fraktionssitzungen. Bereits zum dritten Mal nutzten die drei Landtagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, zugleich stellvertretende Bundesvorsitzende der Linkspartei.PDS, Ralf Christoffers und Margitta Mächtig, »nebenbei« PDS-Fraktionsvorsitzende im Kreistag Barnim den Sommer, um mit ihrer »Sprechstunde unter freiem Himmel« zu den Bürgerinnen und Bürgern zu gehen. In diesem Jahr tourten sie vom 11. Juli bis zum 5. August durch die Barnimer Städte und vor allem Dörfer. Begleitet wurden sie an einigen Tagen vom Vorsitzenden des Wirtschaftsausschuß des Kreistages Barnim Lutz Kupitz und Ingeborg Kolodzeike, die Mitglied des Landesvorstandes der PDS Brandenburg ist.



In diesem Jahr waren es 60 Sprechstunden in 54 Orten. Die Sprechstunden werden – bei jedem Wetter – gut angenommen. Die Bürgerinnen und Bürger kamen mit verschiedensten Angelegenheiten. Hauptthema war, was »die neue Linke« erreichen kann. Viele Nachfragen gab es zu den gemeinsamen Zielen und zu Unterschieden zwischen WASG und PDS.

Aber immer wieder klang die Hoffnung durch, daß es nun besser als in den letzten 15 Jahren gelingen möge, eine starke Linke den vereinigten Konservativen in der Bundesrepublik entgegen zu setzen. Aber auch kommunal- und landespolitische Themen spielten eine Rolle. Da ging es um die Probleme der Wasser- und Abwasserverbände, um den Straßenbau und die damit verbundenen Straßenausbaugebühren. Es ging um die Schülerbeförderungssatzung für den Barnim, aber auch um Fragen zum Steuerkonzept der PDS und Vorschläge zur Beschäftigungspolitik in Land und Bund.

Besonders bewegte die Menschen, ob die PDS tatsächlich Konzepte gegen Hartz IV hat und worin denn die Alternativen der PDS bestehen. Vermehrt wurde nach dem PDS-Wahlprogramm gefragt. Bürgerinnen und Bürger wollen genau wissen, was die PDS anders machen will – manchmal reichten die mitgenommenen Stühle nicht aus, um allen einen Sitzplatz anzubieten. Aber keiner mußte mit unbeantworteten Fragen wieder gehen.

Wer die Wahl hat ...

... hat die Qual! Bald sind Bundestagswahlen. Und da dürfen wir uns wieder ganz demokratisch aussuchen, wer den Karren demnächst noch ein wenig tiefer in den Dreck setzen wird.

Wer Merkel wählt, wählt den Krieg. Das hat sie uns und ihrem Boss in Amerika beim Irakkrieg deutlich genug erklärt. Die CDU benennt also das ALG-II in Wehrsold um – und schon hat sie ihr Wahlversprechen zur Arbeitslosigkeit gehalten. Niemand hat sie nämlich gefragt, wo denn die ganzen Arbeitsplätze sein werden und wer die dort erzeugten Waren womit bezahlen soll. Oder wie anders wollte die CDU so auf einen Ruck Arbeit beschaffen? Per Kreditaufnahme zur Nachfrageerweiterung? Das hat Hitler auch schon glänzend hinkommen damals – und das Volk durfte die Schuld auf Kriegsinvestitionen und Kriegsschäden dann mit Blut tilgen. An der Restschuld (Marschall-Plan) knabbern wir alle noch heute...

Wer Schröder wählt, der wählt sich wenigstens eine kleine Atempause vor dem nächsten Krieg, denn genau weiß der Schröder ja schließlich auch nicht, wie er die Interessen der Mächtigen und seine eigenen beruflichen Aussichten auf einen Nenner bringen kann. Sagt er »Frieden«, dann nervt die Lobby, sagt er »Krieg«, dann nervt die Basis. Nur, daß die Basis kaum Einfluß auf Presse, Skandale und

Wiederwahl hat, ein paar Sponsoren dagegen schon. Auch ein Kanzler kann sich nicht alles erlauben, schon gar keinen störenden Frieden.

Wer FDP wählt, kann eigentlich auch gleich CDU wählen. Die haben doch nicht einmal Respekt vor ihren eigenen Leuten. Wenn es der Disziplin im Volk dient, dann läßt uns diese Partei auch irgendwo mit kaputtem Fallschirm aus dem Flugzeug schubsen. Notfalls auch mit heilen Fallschirmen, aber da müßte unten schon eine fremdverwaltete Ölquelle sein, damit sich das für die FDP auch rechnet.

Wer PDS, WASG, Grüne, Freie Wähler, Graue Panther etc. wählt, der wählt eine gewisse wackelige Restchance auf eine friedliche Lösung des Oben-Unten-Konfliktes. Vorausgesetzt, wir lassen uns nicht doch wieder diesen eigentlichen Konflikt aus – und dafür ein paar ablenkende Scheinkonflikte einreden...

Schmeißt die gekauften oder installierten Schmeißfliegen des Kapitals aus allen wichtigen strategischen Ehrenämtern und Versorgungsposten! Tretet aus herkömmlichen Parteien aus und senkt so deren Wahlkampfbudget! Meidet Medien, die Euch gegeneinander aufhetzen! Kauft und verkauft lieber gedruckte freie Meinung! Seid endlich mal egoistisch! Macht, was Ihr wollt!

PETER SPANGENBERG (gekürzt)

Schon wieder steigende Energiepreise

»Energiekunden, wehrt Euch!«

BGH-Urteil: komplette Preiskalkulation ist vorzulegen

Nachdem die von den Stadtwerken und anderen Energieversorgern für Januar 2005 angekündigten Preiserhöhungen für Erdgas auf Grund des Drucks der Verbraucher und der Landeskartellbehörde nicht vollzogen wurden, haben jetzt E.ON-e.dis und die Stadtwerke zum 1. August bzw. 1. September erneut Gaspreiserhöhungen angekündigt.

Auch die Strompreise sollen laut Stadtwerkechef Thiem im Januar 2006 weiter steigen (MOZ, 13.7.2005). »Wir machen eine Preispolitik«, so Thien, »die in Ordnung ist. Struktur und Preis sind kartellrechtlich nicht bedenklich«. Die Sprecherin des Wirtschaftsministeriums, wo die Landeskartellbehörde angesiedelt ist, wollte das Ergebnis der »Meditationsgespräche« weder bestätigen noch dementieren. In dem Artikel wird aber verschwiegen, daß eine kartellrechtliche Prüfung lediglich feststellt, ob die verlangten Preise der verschiedenen Energieversorger in der Region nicht »ausreißerisch« voneinander abweichen. Die Prüfung bedeutet noch lange nicht, daß die ver-

langten Preise auch der Billigkeit des § 315 BGB standhalten. Mit der Aussage »Struktur und Preis sind kartellrechtlich nicht bedenklich«, wird den gutgläubigen Kunden aber vortäuscht, daß alles in Ordnung sei, da dies sogar das Landeskartellamt feststelle.

Die Prüfung der Gaspreiserhöhungen durch die Landeskartellbehörde hat laut Bundesgerichtshof für den Billigkeitsnachweis nach §315 BGB keine Bedeutung (BGH-Urteil vom 5.2.2003, AZ VIII ZR 111/02). Auf dieses Urteil stützt sich auch das Amtsgericht Heilbronn, das im Urteil vom 15.4.2005 sagt: »Es ist festzustellen, daß die von der Beklagten (Stadtwerke Heilbronn) vorgenommene Erhöhung der Gastarife unbillig und deshalb unwirksam ist«. Denn die Beklagte hat die Billigkeit gemäß § 315 BGB nicht dargelegt. Verbalen Aussagen, wie gestiegene Bezugskosten oder die Kopplung des Gaspreises an den Ölpreis genügen dem Gericht dazu nicht. Es muß dazu die komplette Preiskalkulation vorgelegt werden und nicht nur die für die Erhöhung.

Es bestehen also für die Verbraucher gute Aussichten für Widersprüche gegen die angekündigten Gaspreiserhöhungen und evtl. sogar die Möglichkeit einer Sammelklage von Verbrauchern gegen die Energieversorger, wie der Erfolg der Klage eines Gaskunden gegen die Stadtwerke Heilbronn gezeigt hat.

Wie bei der letzten Widerspruchsaktion sind auch jetzt wieder Formulare bei der Verbraucherzentrale in der Rathauspassage zu erhalten. Auch über den Bund der Energieverbraucher (www.energienetz.de) sind sehr gute Informationen über die Energiepreiserhöhungen deutschlandweit zu erhalten.

Die Energieversorger machen jährlich Gewinne in Milliardenhöhe auf Kosten ihrer gutgläubigen Kunden. Die Behörden, bis hinauf zum Bundeswirtschaftsministerium, sehen tatenlos zu, da ja auch Bund und Länder an den hohen Energiepreisen über die Steuern kräftig mitverdienen.

Also Energiekunden, wehrt Euch!

BERND POMRAENKE

Abenteuerliche Haushaltspolitik

Haushaltsrede des Eberswalder Bürgermeisters Reinhard Schulz am 16. Juni 2005

Fast 30 Beschlußvorlagen hatten die Eberswalder Stadtverordneten am 16. Juni abzuarbeiten. Darunter so gewichtige, wie den Verkauf der Anteile an den Stadtwerken und nicht zuletzt die Beschlußfassung zum städtischen Haushalt für das Jahr 2005. Aufgrund der vollgepropften Tagesordnung hatten sich die Fraktionsvorsitzenden im sogenannten Vorgespräch darauf verständigt, auf die üblichen Statements zum Haushalt zu verzichten. Lediglich dem Bürgermeister wurde zugestanden, daß er seine Positionen zum Haushalt darlegt.

Die Ursache der aktuellen Finanzmisere sieht Schulz in den ständig sinkenden Zuweisungen an die Kommunen. Dadurch kämen bundesweit die Kommunen in Bedrängnis. Überall kämen die Kommunen daher in finanzielle Bedrängnis. Damit hat Schulz sicherlich nicht völlig unrecht. »Im Jahr 2003 lag der Gemeindeanteil am gesamten Steueraufkommen«, so der Bürgermeister, »nur noch bei 11,7 %. Zu Beginn der 80er Jahre lag der Gemeindeanteil am Gesamtsteueraufkommen bei 14 %.« Für die Stadt Eberswalde mache das »einen jährlichen Betrag von etwa 3,4 Mio. Euro aus... Damit hätten wir kein Haushaltsproblem.« Der Stadt stünden 2005 etwa 9 Millionen Euro weniger Einnahmen zur Verfügung, wie noch vor 10 Jahren. »Gleichzeitig sind unsere Ausgaben um etwa 5 Mio. Euro gesunken.« Schulz läßt dabei allerdings jene Tei-

le außeracht, die als zweckgebundene Zuschüsse oder Erstattungen in den Haushalt einfließen, deren Wegfall also auch Ausgabenreduzierungen zur Folge hatten. Nach einer Information, die der damalige Kämmerer Lutz Landmann im vorigen Jahr gab, sanken allein die Erstattungen von 1996 zu 2005 (Plan) um 3,5 Mio Euro. Zugleich ging Landmann davon aus, daß die Einnahmen aus Steuern im gleichen Zeitraum um 2,8 Mio Euro steigen. Trotz deutlicher Reduzierung der Schlüsselzuweisungen liegt der Überschuß aus der allgemeinen Finanzwirtschaft der Stadt nach Abzug der Umlagen lediglich 1,2 Mio Euro unter dem von 1996. Außeracht läßt Schulz auch, daß Eberswalde heute 8.000 Einwohner weniger hat als damals. Pro Kopf ist der Überschuß aus der allgemeinen Finanzwirtschaft daher sogar von etwa 420 auf 470 Euro gestiegen.

Seit vier Jahren wirtschaftet die Stadt Eberswalde permanent defizitär. Doch erst jetzt kommt Schulz zur Erkenntnis: »Hinzu kommen muß allerdings ein unbedingter Spar- und Konsolidierungswille von Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung, um die Haushalte zukünftiger Jahre ausgleichen zu können bzw. um wenigstens schlüssig darstellen zu können, wann ein Haushaltsausgleich zu erzielen sein wird.« Doch auch dies bleibt eine reine Willensbekundung, die so oder ähnlich auch schon in den Vorjahren zu hören war. Außer

Taschenspielertricks und eher zufällige Mehreinnahmen durch einen gewonnenen Rechtsstreit bzw. Minderausgaben infolge niedrigerer Tarifabschlüsse kommt nichts.

Außer der Griff ins Eingemachte: »Um den verbleibenden Fehlbetrag auszugleichen«, erfolgt eine »Entnahme der Kapitalrücklage der Technische Werke«. Und auch für die Folgejahre fällt Schulz nichts anderes ein. »Es wird daher auch im nächsten Jahr unvermeidlich sein, Geld aus der Kapitalrücklage der TWE zu entnehmen und dem Haushalt der Stadt zuzuführen«, sagt er. »Dies ist nur möglich durch den Verkauf der restlichen Anteile an den Stadtwerken. Der konkrete Entnahmebetrag wird unter zwei Gesichtspunkten zu errechnen sein. Einerseits wird der 2006 entstehende Fehlbetrag möglichst vollständig auszugleichen sein. Andererseits darf der Technische Werke GmbH durch eine zu hohe Entnahme mittelfristig und darüber hinaus die Liquiditätsgrundlage nicht entzogen werden.«

Schulz hat also ein klares Programm: Die Ausplünderung des städtischen Vermögens. Um weiterwursteln zu können wie bisher. Das ist eine überaus abenteuerliche Politik, die nicht nur die städtischen Finanzen zugrunde richtet, sondern zugleich auch die städtischen Tochtergesellschaften in den Ruin treibt und vom Vermögen der Stadt nichts übrig läßt.

GERD MARKMANN

Ausländerbeirat gewählt

Eberswalde (prest-bar). Der im Juli neu gewählte Ausländerbeirat des Kreises Barnim besteht aus folgenden Mitgliedern: Varvara Shanaa, Diana Pshemetska, Sabine Stüber, Sima Kojfmann, Hoa Lê Thi, Dr. Mohamed Hamdali, Levente Szécsi, Hatun Ince und Viktoria Kohlmeier. Insgesamt standen 14 Bewerberinnen und Bewerber zur Auswahl. Wählen konnten alle Ausländerinnen und Ausländer, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hatten und mindestens seit drei Monaten im Landkreis wohnen. Von den 1810 Wahlberechtigten nahmen 510 ihr Wahlrecht wahr. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 28,2 Prozent, die damit leicht unter der Beteiligung der ersten Wahlen vor drei Jahren.

Der Ausländerbeirat soll nach der Hauptsatzung des Landkreises Barnim in Angelegenheiten der Ausländer und Ausländerinnen gehört werden. Er kann dem Kreistag und seinen Ausschüssen und dem Landrat Anregungen vortragen.

Hörzeitung

Projekt für Sehschwache und Blinde

Eberswalde (prest-ew). Durch die Behindertenbeauftragte der Stadt Eberswalde, Ingeborg Kolodzeike ist ein Projekt initiiert worden, das es Sehschwachen und Blinden ermöglichen soll, neueste Nachrichten aus Eberswalde und Umgebung zu hören – eine »Hörzeitung«, so zunächst der Arbeitstitel.

Diese »Hörzeitung« soll erstmalig im Rahmen der Aktionswoche »(Un)behindert tun« vom 19. bis 23. September auf CD erscheinen. Aktuelle Mitteilungen und Neustes aus den Printmedien sollen zugänglich werden für die Betroffenen. Vorbilder gibt es bereits aus anderen Landstrichen.

Mit zu den Initiatoren gehört auch Hartmut Wittig, der selbst seit zwanzig Jahren blind ist. Er kennt aus eigener Erfahrung die Schwierigkeiten und Umstände, die es bereitet, den aktuellen Inhalt einer Zeitung vermittelt zu bekommen. Das Interesse der sehschwachen und blinden Menschen am Tagesgeschehen ist jedoch sehr groß. Die örtlichen Medien wollen das Projekt der »Hörzeitung« unterstützen. Der Förderverein für Schwerbehinderte hilft bei der Projektentwicklung.

Wie sich dieses zukünftig gestalten wird, soll die Auswertung zur ersten Ausgabe der »Hörzeitung« dann ergeben. »Erst einmal anfangen«, so die Motivation von Ingeborg Kolodzeike, »und das gemeinsam mit den Betroffenen«.

Um eine möglichst breite Unterstützung zu erhalten, bittet sie um ehrenamtliche Unterstützung, z.B. bei der Auswahl der Texte oder beim Sprechen der Nachrichten auf Tonträger.

Wer Interesse hat, sollte sich schnellstmöglich bei ihr unter der Telefonnummer 03334-64501 melden.

Ende des zergliederten Schulsystems?

Das 1991 auch in Brandenburg eingeführte zergliederte Schulsystem stammt aus der Zeit um 1900. Für die Bürgersöhne war eine Elitebildung vorgesehen, die Kinder des Kleinbürgertums brauchten eine gediegene kaufmännische Ausbildung und erstmals gab es auch eine über die Grundschule hinausgehende Ausbildung für die Kinder der Arbeiter.

Während nach dem 2. Weltkrieg in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR ein völlig neues Schulsystem aufgebaut wurde, bestand diese Dreiteilung in der BRD zunächst unverändert weiter. Doch bald zeigten sich Widersprüche. Die Entwicklung der Produktivkräfte forderte auch von den Arbeitern eine hohe Bildung. Zudem verschwanden in der Wirtschaftswunderzeit zunehmend die sozialen Unterschiede zwischen Arbeiterschaft und Kleinbürgertum.

Vor allem die SPD machte sich vor diesem Hintergrund für die Schaffung von Gesamtschulen stark, in denen allen Schülern gleiche Voraussetzungen für eine individuell durchaus unterschiedliche Entwicklung geboten werden sollte. Allerdings setzt das Gesamtschulkonzept mit seinem Kurssystem eine hohe Mehrzügigkeit voraus. Schulen mit 500 Schülern in einer Klassenstufe waren daher keine Seltenheit. Für die industriellen Ballungsgebiete in den alten Bundesländern gab es auch kaum Schwierigkeiten, solche Schülerkonzentrationen zu erreichen. Dank Föderalismus und konservativer Beharrungskräfte vor allem in CDU und CSU, führte die Einführung der Gesamtschule jedoch nicht dazu, die alte Dreigliedrigkeit abzuschaffen. Im Gegenteil – es kam noch eine vierte Gliederung hinzu.

1991 wurde dieses zergliederte Schulsystem den neuen Bundesländern übergestülpt, ohne sich um die spezifischen historischen und regionalen Bedingungen zu kümmern. Bald wurden die Schwächen offenbar. In den Gesamtschulen landete vorwiegend das leistungsmäßig untere Drittel der Schüler, so daß sie trotz des Engagements der Lehrerschaft faktisch zu Hauptschulen degradiert wurden. Zudem traf die Gesamtschulen der Schülerrück-

gang in Folge des Geburtenknicks von 1990 ganz besonders. Oft kommt nur noch die Mindestzügigkeit von zwei Klassen pro Jahrgangsstufe zustande, was eine entsprechende Beschränkung des Kursangebotes bedingt.

Das Schulsterben und die Ergebnisse der PISA-Studie sind zwei Folgen der verfehlten Schulpolitik seit 1990.

Auch die aktuelle Schulreform mit der Zusammenfassung der Real- und Gesamtschulen zu Oberschulen ist mit der für die Politik in der BRD typische und bei CDU-SPD-Koalitionen ganz besonders zum Tragen kommende Unausgegorenheit belastet. Dennoch weist diese Reform in die richtige Richtung und kann ein Schritt zur Überwindung des zergliederten Schulsystems werden. Nicht irgendeine politisch determinierte Ideologie, sondern die »grausame materielle Realität« wird Ursache des nächsten Schritts sein, der nur in der faktischen Aufhebung der organisatorischen Trennung von Grund- und weiterführenden Schulen bestehen kann. Vor allem in ländlichen Regionen ist das schon jetzt eine Möglichkeit, um gefährdete Schulstandorte zu retten. Offenbar sind zehnklassige allgemeinbildende Oberschulen, die durchaus auch polytechnisch sein könnten, für die spezifischen Bedingungen unserer Region weit besser geeignet, als das zergliederte System der alten BRD einschließlich der auf Zentren mit hoher Einwohnerdichte fixierten Gesamtschulen.

Setzt sich diese Erkenntnis durch, ständen wir bei der Schulentwicklung wieder an der gleichen Stelle wie 1990, als es Bestrebungen gab, den ideologischen Ballast des DDR-Schulsystems abzuwerfen und die vorhandene Hülle mit neuen Inhalten und Methoden, die heute teilweise in den freien Schulen gepflegt werden, zu füllen. Wie so vieles wurden diese hoffnungsvollen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Beitritt zur BRD abrupt abgebrochen. Mehreren Schülergenerationen wurde so ein aussichtsreicherer Start ins Leben verbaut. Den im neuen Jahrtausend Geborenen sollten wir bessere Chancen bieten.

GERD MARKMANN

Eberswalde gestern – heute – morgen

Eberswalde (prest-ew). Unter diesem Motto arbeiteten Anfang Juli zwanzig Studierende der Humboldt-Universität Berlin und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus in Eberswalde an einem Stadtporträt. Die Frage, was eine Stadt unverwechselbar macht und womit sich die Bewohner im Positiven identifizieren, wird für die künftige Entwicklung der Städte in Brandenburg außerordentlich wichtig sein. Bei den gegenwärtigen Transformationsprozessen ist anzunehmen, daß die Stadt der Zukunft in weiten Teilen schon gebaut ist und sich Entwicklungsfragen darauf konzentrieren müssen, das Vorhandene geschickt und kreativ zu nutzen.

In dem interdisziplinären Workshop untersuchten die Studenten der Sozialwissenschaften, Stadtplanung und Architektur die Stadt Eberswalde, wie sie sich heute zeigt und wie sie von den Eberswaldern wahrgenommen und genutzt wird, auf ihre positiven Veränderungsmöglichkeiten hin. Im Kern ging es darum, kreative Potentiale aufzufindig zu machen, die als soziale oder baulich-räumliche Ressourcen in Zukunft fruchtbar gemacht werden könnten.

Neben eigenen Recherchen wurden die Bewohner von Eberswalde nach ihrer Sicht auf die Stadt befragt. Die Präsentation des Stadtporträts in Eberswalde sind für den Herbst vorgesehen.

Erste gemeinsame Brandenburger Montagsdemonstration

800 bei Montagsdemo am Sonnabend

Jüterbog (em). Als sich am 9 April 2005 auf Initiative von Ralf Jahnke (Eberswalder Montagsdemo) die Brandenburger Organisatoren von Montagsdemos zum ersten Mal trafen, kam man schnell überein, baldmöglichst eine gemeinsame Aktion durchzuführen. In einem weiteren Treffen in KW verständigte man sich auf die „Erste gemeinsame Brandenburger Montagsdemo“ in Jüterbog am 2. Juli 2005.

Die »Eberswalder Montagsdemo« organisierte einen Bus und gewann 43 Leute zum mitfahren, darunter vier Freunde aus Bad Freienwalde. In guter Stimmung und mit Gesang zur Gitarre von Ralf Jahnke traf der Bus am Stellplatz 2 in Jüterbog ein. Zwei getrennte Marschzüge führten die Demonstranten in die Innenstadt zum Jüterboger Marktplatz, auf dem sich ca. 800 Menschen versammelten.

Nach einem musikalischen Auftakt und der Begrüßung würdigte Prof. Peter Grottian den Kampf und die Ausdauer der Montagsdemonstranten. Er stellte die Bedeutung der Montagsdemos als Teil des Kampfes gegen den Sozialabbau heraus, in dessen Folge die SPD nicht mehr weiter regieren kann und ihr Heil in Neuwahlen sucht.

Zwischen weiteren Musikbeiträgen sprachen die Vertreter von Orten mit Montagsdemos, darunter Michael Maurer für die Jüterboger Organisatoren, bevor als weiterer Hauptredner der Europaabgeordnete der PDS Wolfgang Gehrke ans Mikrofon trat.

Am Rande der Demo tauschten die Teilnehmer Papiere und Erfahrungen aus. Auch wenn

sich alle eine noch größere Resonanz gewünscht hätten, betrachteten sie die gemeinsame Demo als Erfolg und als Ansporn für weitere Aktionen.

Auch die Eberswalder Teilnehmer hielten ihre Teilnahme für einen Gewinn. Die gemeinsame Fahrt stärkte den Zusammenhalt innerhalb der Gruppe. Einige der Teilnehmer verstärken nun die Vorbereitungsgruppe der Eberswalder Montagsdemo, die sich jeden Mittwoch um 17 Uhr im Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel trifft.

Zum einjährigen Jubiläum der Eberswalder Montagsdemo am 22.8.05 sollen Gäste aus den umliegenden Orten eingeladen werden.



Mit einem eigens gecharterten Bus reisten am 2. Juli auch 43 Eberswalder zur »Ersten gemeinsamen Brandenburger Montagsdemo« nach Jüterbog.

Deutsches Sozialforum in Erfurt

Erfurt (em). Vom 21. bis 24. Juli fand in Erfurt das erste deutschlandweite Sozialforum statt. Mitglieder zahlreicher Initiativen von Erwerbslosen, der Gewerkschaften, der Friedensbewegung, der Flüchtlingshilfe sowie politischer Gruppierungen beschlossen in Erfurt, enger zusammenzuarbeiten und sich zu vernetzen. An dem Treffen, das von Donnerstag bis Sonntag etwa 250 Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen bot, nahmen nach Angaben des Vorbereitungskreises etwa 3500 registrierte Besucher teil. Einschließlich der interessierten Erfurter Bürger habe die Zahl der Teilnehmer bei knapp 5000 gelegen.

Auch von der »Eberswalder Montagsdemo« waren drei Vertreter in Erfurt dabei. Ihr besonderes Interesse galt der Beratung von Vertretern von Montagsdemonstrationen und Sozialbündnissen. »Hartz IV zurücknehmen – bedingungsloses Grundeinkommen und den 6-Stunden-Normalarbeitstag durchsetzen, um Erwerbsarbeit zu verteilen«, so eine der Überschriften in dem Papier, das die 60 Teilnehmer der Beratung verabschiedeten. Darin sind Forderungen im Rahmen einer »Erhöhungskam-

pagne« und einer Wahlintervention enthalten. »Unsere Forderungen«, heißt es in dem Papier, »werden wir gemeinsam am Montag, den 5. September, dezentral und bundesweit in die Öffentlichkeit tragen. 'Hartz-Schluß' kann ein Ausgangspunkt für ein neues, breites und soziales Bündnis werden, das mit direkten Aktionen und öffentlicher Auseinandersetzung den 'asozialen' Reichtumsvermehrungswünschen der neoliberalen Wirtschaftslobbyisten und der repressiven Verarmungspolitik der 'Hartz-Einheits-Parteien' Grenzen setzt«.

Bei »Hartz-Schluß« dabei

Eberswalde (em). Organisatoren von Montagsdemos in Brandenburg trafen sich am 30. Juli in Eberswalde zu ihrem dritten Orgatreffen und nahmen den Diskussionsfaden von Erfurt auf. Sie bewerteten die erste gemeinsame Montagsdemo Brandenburg in Jüterbog am 2. Juli und zogen Schlußfolgerungen für koordinierte Aktionen. Sie wollen sich dem Aufruf von Erfurt entsprechend an der Aktion Hartz-Schluß beteiligen.

Demo-Berichte:

44. Montagsdemo am 20.6.

Einen Tag nach der 44. Montagsdemo erhielten die Schüler ihre Zeugnisse. Daran anknüpfend war auch bei der Eberswalder Montagsdemo »Zeugnisausgabe«. Die 50 Demonstranten verteilten sich auf fünf »Bewertungsgruppen« für jeweils eine Partei. Bewertet wurden Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik sowie Demokratie. Die Wertungen waren fast durchweg vernichtend. Besser, wenn auch nicht ungeschoren, kam die PDS weg.

Auch für die Verwaltungsspitze der Stadt Eberswalde wurde ein Zeugnis erteilt und am Ende der Demo an die Rathaustür geheftet. Versetzungsvermerk: versetzt in den unverdienten Ruhestand.

Albrecht Triller warf den Regierenden ihr Festhalten an ihren untauglichen Konzepten gegen die Arbeitslosigkeit vor. Sie lassen jegliche Lernfähigkeit vermissen oder handeln vorsätzlich wider besseres Wissen.

Zwei der Demonstranten erhielten neu gestaltete Zeugnisse. Auf der Vorderseite befanden sich die üblichen Zensuren, auf der Rückseite gleich der ALG II-Antrag. Von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit – für viele Schulabsolventen bittere Wahrheit. Den der Zeugnisausgabe üblicherweise folgenden »Start ins Leben« demonstrierten Demo-Teilnehmer mit einem Wettlauf. Nach dem Startkommando »Achtung – fertig – arbeitslos« schossen die hochmotivierten und qualifizierten Wettläufer aus den Startblöcken und liefen ins Leere.

Rolf Richter sprach über die aktuelle Bildungsmisere. Er setzte sich mit den Elternbeiträgen zur Schülerbeförderung auseinander und erklärte im Namen von Eberswalder Montagsdemo die Solidarität mit den Protesten gegen die Schulschließung in Niederfinow.

45. Montagsdemo am 27.6.

Am 30. Mai hatten die Montagsdemonstranten ihre Gedanken und Erwartungen zur Bundestagswahl zusammengetragen (BBP 7/2005). Auf der 45. Demo wurde die Diskussion fortgesetzt. Es gab weitere Anregungen für die »Wahlprüfsteine der Eberswalder Montagsdemo zur Bundestagswahl«. Die Demoteilnehmer befürworteten deren Verteilung am 2. Juli auf der ersten gemeinsamen Brandenburger Montagsdemo in Jüterbog. Die Teilnehmerlisten für die Fahrt nach Jüterbog wurden voller.

46. Montagsdemo am 4.7.

Bei den Montagsdemos setzen sich Betroffene und Sympathisanten, Linke und Christen gemeinsam gegen das Unrecht des Sozialabbaus zur Wehr. Der Vielfalt der Beteiligten entsprach, der Montagsdemo auch einmal die

ungewöhnliche Form eines Gottesdienstes zu geben. Mancher wunderte sich, als schon um 17.30 Uhr – zum Beginn der Montagsdemo – die Glocken der Maria-Magdalenen-Kirche läuteten. »Wem können wir noch vertrauen?« war das Thema des Gottesdienstes auf dem Marktplatz, darauf bezugnehmend, daß der Bundeskanzler am 1. Juli die Vertrauensfrage gestellt hatte. Pfarrer Hans-Peter Giering nahm das Thema auf und führte darüber das Gespräch mit den Teilnehmern der Montagsdemo. Sozialdiakon Hartwin Schulz sang Lieder zur Gitarre, wie »Wo ein Mensch Vertrauen gibt...« und »Du laß dich nicht verhärteten«. Zu den Gestaltern des Gottesdienstes gehörte auch Pfarrer i.R. Hans-Dieter Winkler aus Chorin. Zum Schluß sangen alle »Dona nobis pacem«.

Demonstranten, die sich nicht am Gottesdienst beteiligen wollten, konnten sich zeitgleich eine Fotodokumentation über die Montagsdemo in Eberswalde ansehen.

47. Montagsdemo am 11.7.

Zunächst gab es Glückwünsche der fünfzig Demoteilnehmer und einen Blumenstrauß für Nicole, die sogar zu ihrem Geburtstag gegen den Hartz IV-Sozialabbau demonstrierte. Grüße der Angermünder Montagsdemonstranten, übermittelte Albrecht Triller. Sie waren ihm bei seinem Besuch in Angermünde am Montag zuvor aufgetragen worden. Er berichtete von den Überlegungen wie es nach der gemeinsamen Brandenburger Montagsdemo am 2. Juli in Jüterbog weitergehen solle.

Mit der Vorstellung von Punkten aus dem »Wahlmanifest« der SPD durch Karla Kruse begann die Auseinandersetzung der Montagsdemo mit den Wahlprogrammen der Parteien zu den vorgezogenen Bundestagswahlen. Karla verglich die Programmpunkte der SPD mit Seifenblasen, die nur von kurzer Dauer sind und dann zerplatzen. Während ihres gesamten Vortrags waren die Demonstranten damit beschäftigt, illustrierend ebenfalls Seifenblasen zu produzieren, die permanent über den Marktplatz zogen bevor sie platzen.

Am offenen Mikro sprach Günter Ilenz, ehe sich die Demonstranten auf einen kleinen Marsch rund um den Marktplatz machten, um bei den dort ansässigen Parteien ihre »Wahlprüfsteine« der Eberswalder Montagsdemo für die vorgezogenen Bundestagswahlen in die Briefkästen zu werfen.

48. Montagsdemo am 18.7.

Diesmal war das »Regierungsprogramm« der CDU Gegenstand der Kundgebung. Die Teilnehmer hatten »schwarze Tränentücher« mitgebracht. Einige trugen schwarze Kleidung, um zu dokumentieren: Wenn die CDU an die Macht kommt, wird's noch trauriger. Hauptredner Albrecht Triller und mit ihm die Demonstranten griffen wiederholt zum schwarzen Tränentuch, wenn er z.B. die CDU

ARGE-Beirat ohne Betroffene

Eberswalde (bbp). Die Geschäftsführung der im Juli gegründeten ARGE (Arbeitsgemeinschaft des Landkreises Barnim mit der Agentur für Arbeit nach § 44b SGB II als Ansprechpartner für alle von Hartz IV betroffenen Menschen) hatte am 2. August der »Eberswalder Montagsdemo« mitgeteilt, daß nur einer der beiden vorgeschlagenen Betroffenenvertreter für den vom Kreistag beschlossenen ARGE-Beirat berücksichtigt wurde. Dazu erklärte die »Eberswalder Montagsdemo« am 3. August:

1. Die Beteiligung von Betroffenen in einem Beirat der ARGE ist das Ergebnis des politischen Kampfes von Eberswalder Montagsdemo. Gemäß Kreistagsbeschuß 148-8/05 sollten dem Beirat zwei Vertreter von Hartz IV-Betroffenen angehören. Dazu hat Eberswalder Montagsdemo zwei Betroffene mit Stellvertretern benannt. Nach der Mitteilung der Geschäftsführung der ARGE vom 2.8.05 wurde nur ein Vertreter bei der Bildung des Beirates berücksichtigt. Für den zweiten Betroffenenvertreter wurde ein Vertreter des Arbeitslosenverbandes in den Beirat übernommen.

Dazu stellen wir fest:

– Wir akzeptieren nicht, daß der Verwaltungsrat Beschlüsse des Kreistages nach eigenem Gusto interpretiert und Entscheidungen über die Zusammensetzung des Beirates trifft.

– Die vom Arbeitslosenverband benannte Regionalgeschäftsführerin ist, zumindest nach der Funktionsbezeichnung, keine Betroffene.

– Arbeitslosenverband wird von uns nicht als

Betroffenenvertreter gesehen, sondern ist eher ein Arbeitgebervertreter, der seine Eigeninteressen wahrnimmt. Bei 50 Montagsdemos in Eberswalde haben wir den Arbeitslosenverband nicht zu Gesicht bekommen.

– Daß die Mitglieder des Beirates keine Aufwandsentschädigung erhalten, mag für festangestellte Funktionäre von Staat und Wirtschaft, die diese Tätigkeit im Rahmen ihrer Arbeitsaufgaben wahrnehmen, nachvollziehbar sein, für Betroffenenvertreter ist es ein Hohn.

2. Die »Eberswalder Montagsdemo« hatte die Forderung gestellt, einen Beirat für Hartz IV-Betroffene beim Landkreis zu bilden. Daraus wurde im Ergebnis des Diskussionsprozesses im Kreistag die abgespeckte Version einer Beteiligung an einem Beirat in einer zu gründenden ARGE mit zwei Vertretern von Betroffenen. Ein Jahr nach unserer Forderung ... soll nun am 11.8. die Konstituierung des Beirates der ARGE erfolgen, jedoch nur mit einem Betroffenenvertreter! Damit ist das Maß der Geduld der »Eberswalder Montagsdemo« erheblich überschritten. Die »Eberswalder Montagsdemo« fühlt sich hingehalten und als Alibi mißbraucht. Aus diesem Grunde lehnt die »Eberswalder Montagsdemo« die Mitarbeit im Beirat der ARGE ab und zieht seine Nominierungen unter Protest zurück.

3. Die »Eberswalder Montagsdemo« besteht weiterhin auf seiner Forderung an den Landkreis auf Bildung eines Betroffenenbeirates beim Landkreis...

Seifenblasenfabrik der SPD

Die regierende Partei SPD hat uns ein Wahlmanifest beschert. Das ist ihr dritter Versuch, in Deutschland erfolgreiche Politik zu machen. Zweimal – 1998 und 2002 – hat man schon Seifenblasen produziert! Wir lassen die Seifenblasen von 2005 schon heute platzen?

Die SPD will ab sofort »GUTE POLITIK« machen – warum hat man nicht vor sieben Jahren angefangen? Jetzt soll eine Richtungsentscheidung getroffen werden – nicht etwa erst in einem Jahr – schreibt die SPD in ihrem Wahlmanifest. Warum nicht vor sieben Jahren?

»Mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler wollen wir Antwort geben auf die Herausforderungen dieser Zeit und Voraussetzungen schaffen für eine gute Zukunft – für Arbeit, Sicherheit, Menschlichkeit.« Was hat diese Regierung bisher getan – wofür sind die Politiker bezahlt worden? Was wird anders sein in dieser Partei nach den angestrebten Neuwahlen? Steigen noch größere Seifenblasen in den deutschen Himmel?

Man will die Erträge einer starken Wirtschaft fair verteilen – verteilt dann ein Peter Hartz legal seine Schmiergelder? Man streitet für einen starken und sozialen Staat, der den Menschen höchstmögliche Sicherheit gibt –

wofür stritt man bisher – für eine höhere Kriminalitätsrate, für mehr Obdachlose, mehr Armut in Deutschland? Man spricht auch von Gerechtigkeit in diesem Manifest. Gerechtigkeit für wen? Man spricht von guten Grundlagen, die man schuf für eine gute Zukunft. Für wen die Zukunft gut ist, wissen wir: die Gesundheits- und Rentenreform haben im Einklang mit den Hartz-Gesetzen dafür gesorgt.

Gestern noch war das Elterngeld unbezahlbar – heute verspricht man es wieder. Die Reichsteuer galt gestern als unsinnig – heute will man sie einführen. Eine höhere Mehrwertsteuer wird abgelehnt – eine Seifenblase? Man verspricht ein gebührenfreies Erststudium und die Erhaltung des BaföG – hat die SPD sich »versprochen«? Auch KITAs sollen gebührenfrei sein – ein Rechtsanspruch für Betreuung der Kinder ab dem zweiten Lebensjahr soll bestehen – wie will man das finanzieren, die Kassen sind leer gewirtschaftet.

Warum nicht gleich: Schönheitsoperationen für alle, Autos für alle Arbeitsuchenden, eine Urlaubsreise jährlich kostenlos für alle und sowieso 40 Tage Urlaub im Jahr?

Seifenblasen -Seifenblasen!

KARLA KRUSE am 11. Juli

In der Zertreterdemokratie

Ich kann mir angenehmeres vorstellen, als die Wahlprogramme der Parteien zu lesen. Ich kann das Wort »Parteien« schon nicht mehr hören, so tief sitzt bei mir der Parteienfrust. Aber ob's uns nun gefällt oder nicht, die Parteipolitik bestimmt unser Leben. Sie sollen unsere Interessen vertreten – das nennt sich »Vertreterdemokratie« – aber oft müßte es besser heißen: »Zertreterdemokratie«. Zertreten von der Politik fühlen sich jedenfalls diejenigen, die ganz unten angekommen sind.

Vor allem mit der Steuerpolitik wird der Umverteilungsprozeß von unten nach oben in Schwung gehalten, werden die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher gemacht.

Im ersten Moment denkt man: Steuerpolitik geht mich nichts an, bei mir ist eh' nichts zu holen. Aber das stimmt so nicht. Man muß eher umgedreht sagen: Bei mir ist nichts zu holen, weil es die Steuer gibt! Jeden Tag greift uns der Fiskus in die Tasche: Mehrwertsteuer, Ökosteuern, Tabaksteuer, Kfz-Steuer usw. Aber irgendwie sind wir auch ganz gut dran: Wir können keine Steuern hinterziehen, wir müssen nicht ins Ausland flüchten (wegen der Steuern), wir haben eine hohe Steuermoral (denn bei uns gibt es nichts zu verbergen).

Steuergerechtigkeit – das ist etwas, das kann man ganz schwer oder gar nicht erklären. Jeder hält etwas anderes für gerecht.

Die CDU will die Mehrwertsteuer erhöhen. Das hält sie für gerecht, denn Mehrwertsteuern müssen alle bezahlen. Nur – wer schon wenig hat, den drückt jede Mehrabgabe. Der muß sie sich quasi vom Munde absparen. Wer genug hat, der merkt die Erhöhung gar nicht. Und was will die CDU mit der Mehreinnahme machen? Die Lohnnebenkosten senken, weil dadurch angeblich Arbeitsplätze entstehen sollen. Aber warum hat dann die jahrelange Steuer-senkung für die Unternehmer bis jetzt keine Arbeitsplätze gebracht?

Die SPD sieht in der Mehrwertsteuererhöhung Gift für die Konjunktur. Die SPD weiß wohl sehr gut, und die CDU kriegt es bei Meinungsumfragen schon zu spüren, daß sie mit einer Mehrwertsteuererhöhung bei den Wählern ganz schlechte Karten hat.

FDP und Grüne lehnen eine Mehrwertsteuererhöhung ebenfalls ab. Aber wir dürfen sicher sein, daß beide, wenn sie erst als Koalitionspartner in die Regierung kommen, dem Druck des Koalitionspartners nachgeben werden.

Die Grünen wollen den Spitzensteuersatz von 42 auf 45 Prozent anheben. Hört sich gut an, denn bei den Gutverdienenden ist mehr zu holen. Aber der Spitzensteuersatz wurde doch grad erst mit Zustimmung der Grünen gesenkt! Das riecht verdammt nach Stimmenfang.

Die Grünen erwägen auch eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Schön. Das wurde schon vor sieben Jahren »erwogen« – vor der Wahl. In den sieben Jahren rotgrüner Regierung wurde das Thema nicht angefaßt.

Die FDP ist noch weit vom Bierdeckelmodell entfernt, aber sie strebt eine Vereinfachung des Steuersystems an. Sehr zu begrüßen für die, die umfangreiche Steuererklärungen abgeben müssen. Für uns ist das weniger interessant. Wir dürfen aber sicher sein, daß die »Neustrukturierung« des Steuersystems nach Gusto der FDP deren Klientel – den Besserverdienenden – gefällt. Abschaffen will die FDP die sogenannten »Sonderatbestände«, wie Eigenheimzulage, Pendlerpauschale, Steuerfreibeträge für Sonn- und Feiertagsarbeit usw. Da wird die Zielrichtung der FDP wieder deutlich. Steuersenkung zum Vorteil der Unternehmer auf Kosten der einfachen Bürger!



Informationen zur Bundestagswahl: Frank Töpfer erläutert den Montagsdemonstranten die Steuermodelle der verschiedenen Parteien.

Die FDP hat in ihrem Programm auch ein sogenanntes »Bürgergeld«. Wer mehr als 1500 Euro verdient, zahlt Steuern, wer weniger hat, bekommt Geld quasi als Negativsteuer ausgezahlt. Die Ermittlung des Bürgergeldes geht, wie jetzt auch das ALG II, von der Bedarfsgemeinschaft aus, nimmt also auch alle Familienmitglieder in Haftung. Wenn der Bürger aber Leistungen vom Staat erhält, soll er »zu einer zumutbaren Gegenleistung an die Gesellschaft bereit sein«, sagt die FDP. Die »zumutbare Gegenleistung« ist Arbeit für einen Hungerlohn, für untertarifliche Bezahlung, zu unwürdigen Bedingungen. Was die FDP für zumutbar hält, unterscheidet sich nicht von Hartz IV. »Durch das Bürgergeld wird die Nachfrage Arbeitsloser und das Angebot der Unternehmen an Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich gesteigert«, heißt es im FDP-Programm. Es geht also um Lohndrückerei und zusätzliche Gewinne für die Unternehmen. So gehört sich das ja auch für eine Partei der Besserverdienenden!

Die Steuerpolitik der genannten Parteien ist im Detail unterschiedlich, aber ohne Ausnahme unsozial. Von keiner können wir erwarten, daß sich unsere Lage bessert.

Da bleibt nur noch die Hoffnung auf das Linksbündnis von PDS und WASG, das unter dem Namen Linkspartei.PDS zur Bundestagswahl antritt. Dort finden sich viele unserer Erwartungen wieder. Das Wahlprogramm der Linkspartei.PDS wollen wir daher bei unserer Montagsdemo am 8. August behandeln.

FRANK TÖPFER am 25. Juli

zitierte, die SPD habe die Arbeitslosigkeit in bisher ungekannte Höhen getrieben. Das schwarze Transparent von den Arbeitslosenprotesten des Jahres 1998 dokumentierte die Zahlen der Kohl-Ära: »Eberswalde – Stadt der Arbeitslosen: 5600 Arbeitslose«. So ist die Empfehlung folgerichtig, der CDU keine Stimmen zu geben. Am Wahlabend sollten der CDU die Tränen in den Augen stehen.

Ute Frey als Moderatorin übergab das Mikrofön anschließend an Karla Kruse. Sie sprach über weitere Aspekte des »Regierungsprogramms«. Die CDU nehme schon jetzt ihre großen Reformankündigungen etwas zurück, weil auch sie keine Konzepte zur Lösung der Probleme hat. Ob SPD oder CDU, das mache für die Betroffenen keinen Unterschied. »Wählen gehen und unseren Protest fortsetzen, das ist unsere einzige Waffe«, sagte Karla.

Etwa sechzig Teilnehmer waren gekommen. Die Presseankündigung, daß sich die Montagsdemo mit dem CDU – Programm beschäftigt, hatte wohl auch den einen oder anderen Horcher angelockt, die sich aber nicht outeten und bald wieder verschwanden.

49. Montagsdemo am 25.7.

Rund 50 Demonstranten folgten dem Aufruf zur 49. Montagsdemo in Eberswalde. Auf dem Programm standen diesmal die Wahlziele von Bündnis 90/Die Grünen und FDP.

Das Thema von Frank Töpfer: Die Steuerpolitik der Grünen und der FDP. Erst senkten die Grünen mit der SPD die Spitzensteuersätze, jetzt wollen sie sie wieder erhöhen. Die FDP sei da ehrlicher. Sie streite stets für das Wohl der Besserverdienenden. Deren Bürgergeld solle die Löhne drücken und den Unternehmen zusätzliche Gewinne beschern.

Rolf Richter beschäftigte sich mit der Bildungs-, Sozial- und Familienpolitik der beiden Parteien. In diesem Zusammenhang setzte er sich mit dem aktuellen Thema der Elternbeiträge zur Schülerbeförderung im Barmim auseinander.

Zu den Wahlzielen von FDP und Grünen nahm Albrecht Triller Stellung. Verglichen mit der bisherigen Politik der Grünen in der Regierungskoalition seien die Wahlziele der Grünen lediglich als Versuch des Stimmenfangs zu werten. Die Arbeitsmarktpolitik der FDP hingegen war schon immer nur auf die Gewinnmaximierung ausgerichtet.

Über ihre Teilnahme an Beratungen beim Erfurter Sozialforum berichtete Ute Frey. Sie informierte über Forderungen in einer Erhöhungskampagne, die beim Treffen der sozialen Bündnisse und Protestinitiativen diskutiert worden waren. Moderator Robert Malinowski sprach zur Entscheidung zur Auflösung des Bundestages durch den Bundespräsidenten Köhler. Am offenen Mikro teilte Nicole Kaleszinski mit, daß die Buspreise ab 1. August erhöht werden.

50. Montagsdemo am 1.8.

»50 Mal demonstriert, und immer noch motiviert« hatten die Organisatoren zum Motto erkoren. Zu Beginn wurde der »Eberswalder Montagsdemo« ein Strauß mit 50 Rosen überreicht. Moderatorin Ute Frey fragte in die Runde: »Wer ist die Eberswalder Montagsdemo?« Um gleich selber die Antwort zu geben: »Das sind all die, die hier auf dem Platz stehen!« Also verteilte sie die Rosen an die Anwesenden. Sie reichten nicht ganz, denn es waren diesmal siebzig Demonstranten gekommen. Rolf Richter hatte eine 50-Euro-Note zu einer Postkarte umgestaltet, auf der stand: »Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt« und »50 Mal für soziale Gerechtigkeit gegen Hartz IV. August 2004 – Juli 2005. Eberswalder Montagsdemo.« Auch diese Postkarte wurde mit begleitenden Worten an die Anwesenden verteilt.

Ralf Jahnke sang das alte Arbeiterlied »Und weil der Mensch ein Mensch...« und erläuterte, warum er bei den Montagsdemos dabei ist. Der Kapitalismus sei nicht in der Lage, den Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Für ihn ist der Kampf gegen den Sozialabbau zugleich ein Stück Kampf gegen den Kapitalismus.

Der Vorsitzende der Stadtorganisation Eberswalde der Linkspartei.PDS überbrachte den Montagsdemonstranten seine Grüße und Glückwünsche zur 50. Demo. Zur Bereicherung der vorbereiteten Kaffeerunde brachte er eine große Torte mit. Er würdigte den Kampf für soziale Gerechtigkeit und die Ausdauer der Demonstranten.

Der Rentner Lothar Danner sprach ebenfalls über seine Motive, an den Montagsdemos teilzunehmen. Er unterstrich vor allem die Notwendigkeit von Solidarität in einer zunehmend entsolidarisierten Gesellschaft.

Nun wurde ein Denkmal für den Peter Hartz enthüllt. Da stand er, der »Schöpfer« der großen nach ihm benannten Schweinerei »Hartz I bis IV« in Lebensgröße auf einem Sockel mit der Aufschrift »Hartz ade«. Die rechte Hand in der Hosentasche, die linke nach hinten gehalten mit einigen großen Geldscheinen drin. Die Berufung auf »externen Sachverständigen«, sagte Albrecht Triller, sei eine Methode, die großen sozialen Schweinereien der Bundesregierung leichter verkaufen zu können. Der »Sachverständige« Hartz habe sich nun selbst disqualifiziert und mußte abtreten. Daß Peter Hartz für Kanzler Schröder der richtige gewesen war, werfe ein bezeichnendes Licht auf den Auftraggeber. Dieser »Sachverständige« habe kein Denkmal verdient, waren sich die Demonstranten einig – und stürzten ihn vom Sockel.

Den Kindern stand wieder eine Hüpfburg zur Verfügung. Auf die Mitte des Marktplatzes malten Kinder und Erwachsene mit bunter Kreide eine riesige 50. Bei Kaffee und Kuchen wurden noch viele Gespräche geführt.

Der Fall (des) Hartz

Immer wenn die Politik eine neue Schweinerei vorhat, dann wird der sogenannte Sachverständige bemüht. Die Schweinerei erscheint in einem anderen Licht, wenn ein Sachverständiger sagt, es führe kein Weg an der Schweinerei vorbei. Das wird dann mehr oder weniger wissenschaftlich und mit internationalen Vergleichen bewiesen. Schließlich lehnt sich die Politik zurück und erklärt, sie komme nicht umhin, das unbedingt erforderliche zu tun, wie das die Sachverständigen nachgewiesen haben.

Als so ein Sachverständiger wurde Peter Hartz gerufen, um Wege aus der Arbeitslosigkeit aufzuzeigen, denn Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte versprochen, die Arbeitslosigkeit senken zu wollen, ja sogar zu halbieren.

Peter Hartz war der richtige Mann, die große Schweinerei, die dann seinen Namen erhielt, aus der Taufe zu heben. Schon als Personalchef bei VW hat er sich Verdienste erworben, zu Lasten der Lohnabhängigen die Gewinne zu steigern. Wer soviel »Sachverständigen« besitzt, war der richtige Mann für Schröder.

Nun ist Peter Hartz darüber gestolpert, daß unter seiner Verantwortung Leute sich korrumpieren ließen. Sie ließen sich nicht nur gut für den Verrat von Arbeiterinteressen bezahlen, sondern sie übertrieben die ihnen eingeräumte Selbstbedienung derart, daß es selbst ihren Gönnern zuviel wurde.

Der Betriebsrat soll ein offenes Konto gehabt haben, aus dem sich munter bedient werden konnte. Teure Reisen mit Blanko-Schecks versüßten die Erholung vom Streß des Verrats der Arbeiterinteressen. Auch leichte Mädchen sollen angeheuert worden sein. Wie die »Bunte« behauptet, soll VW gar Viagra verteilt haben. Was kaum verwundert. Kannten doch die VW-Vorstände die geringe Standhaftigkeit der Betriebsräte bei der Vertretung der Arbeiterinteressen. Da wollten sie wohl keine Fehlinvestition bei den leichten Mädchen tätigen. Viagra ist da ein probates Mittel um dem Übel fehlender Standfestigkeit abzuwehren. Ein Viagra für die Standhaftigkeit als Betriebsrat gegenüber dem Kapital, gibt es leider nicht.

Damit nicht etwa eine der Ehefrauen der Betriebsräte böse wird wegen der amourösen



Abenteurer und alles eifersüchtig hinausposaunt, gab's für die Damen auch ein Damenprogramm. Die Gattinnen der Betriebsräte durften gelegentlich zum Shopping mitreisen. Denn deren Toleranz wurde auf eine schwere Probe gestellt. Eine nette Dame von den Gestaden der Copa Cabana besuchte lt. Manager Magazin ihren Verehrer, den Betriebsratschef Volkert in Alemania (Günter Ackermann in SPIEGEL online). Und dies mehrfach - natürlich First Class und auf Kosten von VW (www.Manager-Magazin.de).

Das war dann selbst dem Vorstand von VW zuviel und er ließ den feinen Herrn Hartz wie eine heiße Kartoffel fallen. Nun wird der Sachverständige von Herrn Hartz bei VW für verzichtbar gehalten und Hartz erhält nur noch für zwei Jahre Gehalt und muß sich mit 5,2 Mill. Euro zufrieden geben!

Bisher ist von der Bundesregierung noch nicht bedauert worden, daß man einen solchen Herrn als Regierungsberater zur Ausarbeitung der »größten Sozialreform in Deutschland« bestellt und quasi zum Richter über Millionen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger gemacht hat. Damit wird sofort klar, daß die Herren auch nicht besser sind als der Knecht Hartz.

Hartz hat kein Denkmal verdient. Stoßen wir ihn vom Sockel.

ALBRECHT TRILLER am 1. August

51. Montagsdemo am 8.8.

»Ein Gespenst geht um in Deutschland«

Eberswalde (em). Unter diesem Motto beschäftigte sich die Eberswalder Montagsdemo mit dem Wahlprogramm der Linkspartei.PDS. Die 70 Teilnehmer verfolgten, wie Hartwin Schulders Bildungspolitik und Albrecht Triller die Arbeitsmarktpolitik unter die Lupe nahm. Hartmut stellte heraus, daß die PDS die Eberswalder Montagsdemo mit ihrer Forderung nach Beiräten hängen gelassen habe. Eine unabhängige Bürgerbewegung sei wichtig, weil sich die PDS nicht genügend um die unmittelbaren Bürgerinteressen kümmere. Auch »Die

Linke/PDS« brauche ständig Druck, damit sie links bleibt und Bürgerinteressen vertritt. Aus aktuellem Anlaß prangerten Ute Frey und Manuela Richter in einem kurzen Sketch die Praxis von Arbeitsämtern an, am Wochenende mit dem Vorwand, Daten abzugleichen, bei Betroffenen anzurufen, um deren Anwesenheit zu kontrollieren. Rolf Richter schilderte anläßlich des 60. Jahrestages der Atombombenwürfe auf Hiroshima und Nagasaki mit bewegenden Worten die unmittelbaren und mittelbaren Folgen für die Betroffenen und für die Welt.

Streusalz: Im Sommer kein Thema?

Eberswalde (agu/bbp). Auf ihrer Beratung am 27. Juli feierte die »AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim« zunächst den Erfolg der auf ihre Initiative hin von der PDS-Fraktion in der StVV Eberswalde eingereichten Beschlußvorlage »Landwirtschaft ohne Gentechnik« (Seite 2). Auch die auf Bitte des Stadtvorstandes der Eberswalder PDS erarbeiteten Stellungnahmen zu den Themen »Telekomstraße« und »Flugplatz Finow« wurden besprochen. Mit ihren Argumenten wollen sie sich aktiv in den bevorstehenden Bundestagswahlkampf einbringen. Zugleich machten sich die AG-Mitglieder Gedanken, welchen The-

men sie sich nach der Bundestagswahl widmen wollen. Dabei soll u.a. das Thema »Streusalz« eine Rolle spielen.

Aus diesem Grunde wandte sich der Sprecher der AG Christian Rehmer an Umwelt- und Naturschutzaktive in und um Eberswalde, um ggf. gemeinsam dieses Thema näher zu beleuchten und vor allem öffentlich darüber zu debattieren. Als Diskussionsgrundlage steht dabei u.a. die im Jahr 2003 an der FH Eberswalde erarbeitete Diplomarbeit von Katja Derrer zu den »Auswirkungen von Auftausalzen auf Straßenbäume im Eberswalder Stadtgebiet« zur Verfügung.

»Fairneß«-Debatte

Eberswalde (bbp). Auch zehn Jahre nach den großen Bürgerprotesten gegen die hohen Wasser- und Abwasserpreise, die damals sogar dem Eberswalder Bürgermeister seinen Amtstuhl kostete, läßt das Thema ZWA die Emotionen hochschnellen. Daher sind die zahlreichen Reaktionen, die die Redaktion der BBP-Beiträge »Sparen zu Lasten der Bürger« (BBP 6/2005) und »Fairneß auch gegenüber dem ZWA« (BBP 7/2005) kaum verwunderlich. Aus Platzgründen müssen wir leider auf den vollständigen Abdruck der entsprechenden Zuschriften verzichten. Nachfolgend aber zumindest eine kleine Zusammenfassung:

Unmutsäußerungen gab es seitens der von der unsachlichen Kritik Betroffenen. Leider waren diese an die falsche Adresse gerichtet.

Von ANDY LOSCH, dem Autor des ersten Beitrages, erreichte uns folgende Stellungnahme: »Ich möchte mich hiermit in aller Öffentlichkeit für meine Wortwahl im Beitrag 'Sparen zu Lasten der Bürger' entschuldigen und hoffe, man möge mir diese Entgleisung verzeihen.« Andy Losch bedankte sich bei der BBP-Redaktion, daß sie ihn »auf die Unsachlichkeit in dem o.g. Beitrag hingewiesen« habe.

Eine weitere Wortmeldung kam vom Kreistagsabgeordneten der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim (BKB) JOHANNES MADEJA. Auch er kommt zu dem Schluß, daß der ZWA nicht, wie behauptet, kriminell sein könne, »denn ein Zusammenschluß von Kommunen zur Bewältigung einer Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung – nichts anderes ist der ZWA – kann nicht kriminell sein«. Allerdings beschließe die Zweckverbandversammlung auf Vorschlag der Geschäftsführung seit Jahren Satzungen, »die gegen geltendes Recht verstoßen«. Verwaltungsgerichte hätten »hundertfach festgestellt, daß Bescheide und Satzungen dieses Verbandes die Bürger in ihren Rechten verletzen. Bescheide mußten aufgehoben, Geld zurückgezahlt werden.« Johannes Madeja ist der Auffassung, daß »mit den rechtswidrigen Satzungen« die Bürgerinnen und Bürger »arglistig getäuscht« und »um ihr Eigentum betrogen« wurden. Dies

dürfe man durchaus einen »kriminellen Akt« nennen, »denn derjenige, der ihn verübt hat, wurde in Hunderten von Fällen rechtskräftig verurteilt«. Sogar der vormalige Ministerpräsident Brandenburgs habe gesagt, »daß bei Wasser und Abwasser die Grenze zur Kriminalität (!) überschritten ist.«

URSULA MÜLLER meint hingegen, man dürfe »bei aller Polemik nicht Begriffe aus dem Strafrecht und dem Verwaltungsrecht durcheinanderwerfen. Das ist unseriös.« Sie kritisiert, »mit dem Eindreschen auf den ZWA« würde »nur der Blick auf die wahren Schuldigen verdeckt. Die Entscheidung zur Kanalisierung des Kreises Eberswalde Anfang der 90er Jahre fällten nicht die ZWA-Mitarbeiter und auch nicht dessen heutiger Geschäftsführer. Verantwortlich waren die Vertreter der Mitgliedskommunen in der Verbandsversammlung: Der Eberswalder Bürgermeister Dr. Hans Mai wurde damals deswegen abgewählt, während der ehemalige Joachimsthaler Amtsdirektor Dieter Ehm erst kürzlich bei der Bürgermeisterwahl in Joachimsthal erfahren durfte, was die Bürger von ihm halten. Noch im Amt sind der Amtsdirektor von Britz-Chorin Rainer Schneider und, erst kürzlich als Eberswalder Bürgermeister wiedergewählt, der damalige Amtsdirektor des Amtes Barnim-Nord (Finowfurt) Reinhard Schulz. Diese Herren waren es, die damals mit massiver Unterstützung durch Landrat Bodo Ihrke diese unseligen Beschlüsse zur flächendeckenden Verrohrung des Kreises Eberswalde den unbedarften Gemeindevertretern unterjubelten.« Doch selbst deren damalige Machenschaften könne man nicht kriminell nennen, »es sei denn, man könnte ihnen nachweisen, daß sie damals von den vom Kanalausbau profitierenden Planungsbüros und Bauunternehmen bestochen« worden seien. Davon habe sie aber bislang noch nichts vernommen. Ursula Müller plädiert dafür, statt eines »wenig aussichtsreichen Kleinkriegs« die politischen Verantwortlichkeiten aufzuarbeiten, wozu auch der Beitrag des Landes gehört, und nach gemeinsamen Lösungen für das Abwasserproblem zu suchen.

Alternativ zur EWITA

Eberswalde (ekb). Auch in diesem Jahr wird wieder die EWITA, die Leistungsschau der Region um Eberswalde, durchgeführt. Wie vor zwei Jahren wird sie in den Gebäuden und auf den Freiflächen des Familiengartens stattfinden. Der Termin ist der 2./3. September. Ein Schwerpunktthema werden die Umwelttechnologien sein, insbesondere der Bereich der regenerativen Energien.

Gefahren der Gentechnik

Der sogenannte BT-Mais, der von der Firma Monsanto hergestellt und vertrieben wird, ist genetisch so verändert, daß er aus demselben Grund, weshalb er Stärke in seinen Kolben herstellt, auch ein Insektizid produziert. Das heißt, der Bauer benötigt kein Schädlingsbekämpfungsmittel. Was sich zunächst nicht schlecht anhört, fällt in vielerlei Hinsicht negativ auf Verbraucher und Landwirte zurück.

1. Verfüttert der Bauer den Mais, verfüttert er auch das vom Mais produzierte Insektengift. Es gibt Berichte von Bauern, wonach ganze Viehbestände, die mit dem BT-Mais gefüttert wurden, elendig verreckt sind. Leider, aus welchem Grund auch immer, gibt es hier keine aussagekräftigen Studien. Aber in Kanada wurde Landwirten das verendete Vieh abgekauft, zu Untersuchungszwecken, sagte man.

2. Der Bauer der sich für die Aussaat von Genmais entscheidet, muß Lizenzgebühren zahlen. Das Problem welches sich daraus ergibt, gilt für den Pflanzenanbau ganz allgemein, wenn sich die genveränderte Pflanze auskreuzt. Ein Genpatent gilt für das veränderte Gen. So müßte ein Bauer der gar keinen Genmais anbaut, in dessen Feld der Genmais aber eingekreuzt hat, auch Lizenzgebühren zahlen. Da er meist gar nicht weiß, daß er genetisch veränderte Pflanzen anbaut, zahlt er auch keine Gebühren, womit er sich strafbar macht. Eine Auskreuzung ist beim Mais zwar nicht wahrscheinlich, aber bei anderen Getreidearten, z.B. Raps, der sich in Kanada mit Senf gekreuzt hat, sieht die Sache anders aus.

3. Ein anderes Problem ergibt sich bei sogenannten Herbizidresistenzen, Fungizidresistenzen etc. Das heißt soviel, daß diesen Pflanzen Unkrautvernichtungsmittel nichts anhaben können. Im Falle Monsanto wird das entsprechende Unkrautvernichtungsmittel gleich mit dem Saatgut mitgeliefert. Auch in diesem Fall gibt es erhebliche Probleme. Zum Beispiel werden Nachbarlandwirte die ökologisch wirtschaften nicht davon begeistert sein, daß ein Feld weiter ein Gift versprüht wird, welches ihre Nutzpflanzen schädigt oder gar vernichtet.

Aber man braucht gar nicht in die erwerbsmäßige Landwirtschaft zu schweifen um mit dem Thema Gentechnik konfrontiert zu werden. Viele Kleingärtner bauen Pflanzen an die sie im Bau- oder Gartenmarkt kaufen ohne die Hinweise auf der Verpackung zu lesen.

Ein Unternehmer als Marxist?

Chef der Drogeriemarktkette DM GÖTZ WERNER: »Die Wirtschaft befreit die Menschen von der Arbeit«

Ich muß wirklich sagen, daß ich dieses Gerede von der Schaffung neuer Arbeitsplätze langsam nicht mehr hören kann. Warum wird dem so wenig widersprochen? Die Wirtschaft hat nicht die Aufgabe, Arbeitsplätze zu schaffen. Im Gegenteil. Die Aufgabe der Wirtschaft ist es, die Menschen von der Arbeit zu befreien. Und das ist uns in den letzten 50 Jahren ja auch grandios gelungen.«

Ein Unternehmer, der Klartext spricht. Aber auch ein Unternehmer, der offenbar seinen Marx gelesen hat, der im III. Band des »Kapitals« schreibt: »Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört... Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte, und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Naturnotwendigkeit, weil die Bedürfnisse; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand ... vollzieh... Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung.«

Vielleicht verfügt dieser Unternehmer aber auch nur über jenes Quentchen gesunden Menschenverstand, das so manchem abgeht, der abgehoben vom realen Leben und fernab der materiellen Produktion, aber im Besitz bestimmter Machtpositionen, meint, über der Weisheit letzten Schluß zu verfügen.

Götz Werner heißt dieser Unternehmer, seines Zeichens Gründer und Geschäftsführer der Drogeriemarktkette DM. Seine Ansichten äußerte er in einem am 2. Juli in der »Stuttgarter Zeitung« veröffentlichten Interview (Quelle: www.coforum.de, Originalartikel: www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/949236, nach einem Tip von Karl Dietz in de.groups.yahoo.com/groups/listex).

Götz Werner widerspricht der von Politikern aller Couleur kolportierten These, wonach das Wichtigste in der BRD die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei. »Diese ganze Diskussion um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit«, meint Werner, »führt ins Nichts. Und jeder, der etwas von Wirtschaft versteht, weiß doch eines: Die Zeit der Massenarbeit ist vorbei. Ich war gerade in Island. Dort hat mir ein Fischer erzählt, daß die Isländer heute dank Fabrikschiffen mit einem Viertel der Arbeiter viermal so

viel Fisch produzieren wie vor 30 Jahren. Verstehen Sie? 75 Prozent der Leute werden einfach nicht mehr gebraucht. Solche Beispiele gibt es überall. Unsere Fähigkeit, Dinge zu produzieren, übersteigt unseren Bedarf, Dinge zu konsumieren. Das ist eine ganz einfache Tatsache, und keine Arbeitsmarktreform kann daran etwas ändern.«

Nichtsdestotrotz hat sein eigenes Unternehmen in den letzten Jahren tausende von Arbeitsplätzen geschaffen. Aber nur deshalb, »weil es produktiver ist als andere«. Daher wachse das Unternehmen und schaffe Arbeitsplätze. »Aber die gehen zu Lasten der Arbeitsplätze bei den Unternehmen, die weniger produktiv sind. Volkswirtschaftlich gesehen führt Erfolg bei gesättigten Märkten immer zum Abbau von Arbeitsplätzen.« Werner verweist auf den ungeheuren Reichtum an Gütern, über den die heutige Gesellschaft in der BRD verfügt. »Wir leben quasi in paradiesischen Zuständen. Denn wir sind heute in der Lage, weit mehr zu produzieren, als wir sinnvoll verbrauchen können.«

Das Problem sei, daß viele Menschen nicht über genügend Geld verfügen, um sich die produzierten Dinge auch leisten zu können. Es dürfe nicht immer alles »durch den Geldschleier« gesehen werden. Der Lebensstandard einer Gesellschaft hänge davon ab, wie viele Güter sie produzieren könne, nicht davon, wie viele sie finanzieren kann. Werner meint daher, Aufgabe der Wirtschaft sei nicht nur, die zur Versorgung notwendigen Güter zu produzieren, sondern »sie muß die Menschen auch mit ausreichend Geld ausstatten, um zu konsumieren... Wir brauchen das bedingungslose Bürgergeld. Eine Lebensrente für jeden Bürger.«

Gänzlich auf den Blick »durch den Geldschleier« kann also auch Werner nicht verzichten. 1300 bis 1500 Euro hält er für notwendig, »um die Grundbedürfnisse zu decken«. Finanziert werden soll das allein über die Mehrwertsteuer. Alle anderen Steuern sollten abgeschafft werden. Die Mehrwertsteuer könnte dann bis zu 48 Prozent betragen, das entspräche etwa der heutigen Staatsquote aus allen Steuern und Sozialabgaben. Das wäre ehrlicher als das heutige System. Denn Steuern würden Unternehmen ohnehin keine zahlen. »Alle Steuern, die die Unternehmer zahlen«, so Werner, »fließen in die Preise für die Produkte ein. Letzten Endes zahlt immer der Verbraucher.«

Ein Vorteil wäre, »der ganze gewaltige Verwaltungsapparat des Staates würde zusammenschmelzen«. Außerdem würden »die Importe endlich mal richtig besteuert«. Die Importe aus China oder Rumänien seien doch hier nur deshalb so billig, weil die Mehrwertsteuer so niedrig sei. »In jedem Produkt

stecken Infrastrukturkosten. Aber die Infrastruktur in Deutschland ist natürlich teurer als die in China. Anders herum würden die deutschen Exporte extrem attraktiv, weil sie von Steuern völlig unbelastet wären. Außerdem würden die Arbeitskosten extrem sinken, weil ja das Bürgergeld auf die Einkommen angerechnet würde.«

Götz Werner sieht auch kaum Probleme darin, daß durch das Bürgergeld vielleicht niemand mehr arbeiten würde. »Sie unterschätzen den immateriellen Wert der Arbeit. Viele Menschen haben sehr viel Spaß an ihrer Aufgabe. Denken Sie auch an alle sozialen Berufe und die ganze Kulturarbeit. Da gibt es einen riesigen Bedarf in der Gesellschaft, der endlich finanzierbar wäre.« Und die langweiligen, die unangenehmen Jobs »müßten dann eben höher entlohnt werden, wenn wir sie benötigen. Natürlich wird es dann zukünftig Berufe und auch Unternehmen geben, denen es schwer fallen wird, Menschen zu finden. Warum? Weil ja die Menschen dann nicht mehr arbeiten werden, weil sie müssen, sondern weil sie in ihrer Arbeit eine Sinnerfüllung erleben. Und auch, weil es ihnen Spaß macht.«

Dem Gerede von der »Krise in Deutschland« kann Werner nichts abgewinnen. Es gebe keine Krise. »Jedenfalls keine Wirtschaftskrise. Die Frage, die mich wirklich umtreibt, ist eine andere. Wir steuern auf eine Gesellschaft zu, in der die Arbeit verschwindet. Und die Frage ist nur, was die Menschen dann alle mit ihrer Zeit anfangen. Das ist eine Kulturfrage. Das Problem, das wir haben, liegt nicht auf dem Arbeitsmarkt sondern eigentlich in der Kultur. Leider ist dieses Thema im Bewußtsein der Gesellschaft kaum vorhanden. Aber genau hier müssen wir ansetzen.«

Der »Vorwurf«, Götz Werner habe seinen Marx gelesen, geht wohl an der Realität vorbei. Zu sehr sieht auch er noch alles durch den von ihm selbst kritisierten »Geldschleier« und mit der daraus resultierenden nationalen Sicht. Hier ist sicherlich, wofür an dieser Stelle Zeit und Raum fehlen, die eine oder andere kritische Bemerkung angebracht. Dennoch steht er dem ollen Marx sehr viel näher, als viele, die sich als Marxisten bezeichnen. Von jenen Ex-Marxisten, die mittlerweile in den Wirtschaftstheorien von John Keynes der Weisheit letzten Schluß sehen, ganz zu schweigen. Werner steht mit seinen Ansichten voll auf dem Boden der kapitalistischen Warenproduktion. Wie könnte es bei einem erfolgreichen Unternehmer anders sein. Aber es ist ja gerade die Realität der kapitalistischen Wirtschaft, die die Suche nach Wegen darüber hinaus erzwingt. Und die zugleich auch die dafür nötigen Bedingungen schafft.

GERD MARKMANN

Abfuhr für Straßenausbau

Wer das letzte Tafelsilber »Stadtwerke« verkauft, um damit die ständigen Defizite stadteigener Firmen und des Haushalts auszugleichen, dem ist nicht zu helfen. Wer das letzte Tafelsilber verscherbelt, um eine marode Landesstraße auszubauen, dem ist finanz- und verkehrsplannerische Verwirrtheit zu attestieren.

Jede andere Kommune bemüht sich, den Verkehr aus den Städten herauszunehmen, nicht so Eberswalde. Hier soll Schwerlastverkehr durch den Ortsteil Finow geführt werden. Der Finower Bürger, Herr Zwenzner, hat es am 16. Juni mit seinen Fragen in der Stadtverordnetenversammlung nach dem städtebaulichen Anliegen und dem Verkehrskonzept der Stadt in Bezug auf die Telekomstraße auf den Punkt gebracht. Fachlich unzureichend und beschämend war die Antwort der Vertreterin der Stadtverwaltung zu den Absichten des Ausbaus der Telekomstraße und der Betrachtung des Straßenverkehrs.

Wer täuscht mit diesem Geschwätz die Bürger? Wer braucht eine 6,50 m breite und für den Schwerlastverkehr ausgebaute Straße durch Finow und den Naturpark Barnim? Doch nicht der Maler Klecks, um ein paar Gebinde Farbe zu transportieren. Vielleicht braucht die Biesenthaler Landtagsabgeordnete der PDS diesen Straßenausbau, weil ihr die

Autobahn oder die B2 unbekannt sind (vgl. hierzu den Beitrag »Eine wohl notwendige Antwort« von M. Mächtig in BBP 7/2005).

Aber auch auf der Biesenthaler Amtsseite decken sich die fragwürdigsten Argumente mit denen von Eberswalde. Für die Telekomstraße macht sich der Amtsdirektor Kühne mit einem Brief an den Verkehrsminister krumm, um diesem u.a. mitzuteilen: »Daher wäre der Erhalt der L 293 zwischen Biesenthal und Eberswalde umso wichtiger, da über diese Straßenverkehrsverbindung eine zweite, für den Schwerlastverkehr in Nord-Süd-Richtung nutzbare Verbindung für die Zukunft dauerhaft zur Verfügung steht.« Daß damit der Schwerlastverkehr auch durch den Ort Biesenthal rollen wird, sagt Kühne den Anwohnern und gefährdeten Kindern nicht.

Mit uns Bürgern von »Pro Finow« ist dieser Schwachsinn nicht durchzusetzen. Was in unserem Wohn- und Lebensumfeld passiert, werden wir selbst mitgestalten. Wir überlassen unseren Gestaltungs- und Mitbestimmungswillen in Finow nicht einem Bürgermeister Schulz. Die Stadtverordneten haben es in der Abstimmungshand, dem Spuk um den Ausbau der Telekomstraße eine Abfuhr zu erteilen.

HANS-JOACHIM SCHMIEDERER und
THOMAS GILLES, Bürgerinitiative Pro Finow

kommunalpolitischer Tag

Abwasser in Brandenburg – wie weiter?

20. August 2005, 10 – 13 Uhr, Potsdam, Landtag, Raum 306

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger stehen in Sachen Abwasser vor vollendeten Tatsachen, Auseinandersetzungen wurden mit unterschiedlichem Ergebnis für die Betroffenen beendet. Viele befinden sich aber auch in einem oft aussichtslosen jahrelangen Rechtsstreit. Die Mehrzahl der errichteten Anlagen sind zumindest mittelfristig in kaum umkehrbare Nutzungskonzepte einbezogen.

Etappensiege in der politischen Auseinandersetzung, die in der 3. Legislatur errungen wurden, sind teilweise schon wieder gegenstandslos. So stehen im Jahr 2005 34 Millionen Euro und 2006 28 Millionen Euro zur öffentlichen Förderung bereit. Über die Variantenvergleiche wird kaum noch gesprochen und die Einführung einer Andienungspflicht könnte bei der nächsten Novellierung des Landeswassergesetzes erneut auf der Tagesordnung stehen.

Dies alles vor einer erschreckenden Gesamtbilanz, die als Hypothek noch lange Zeit von den Brandenburgerinnen und Brandenburgern abzutragen sein wird. Schuldenstand der Zweckverbände und überdimensionierte Kläranlagen sind Preistreiber und tragen zur sinkenden Kaufkraft bei. Um so wichtiger ist es, weitere Fehlentwicklungen zu verhindern. Fast 600.000 Einwohner Brandenburgs verfügen noch nicht über eine geeignete Abwasserent-

sorgung. Insbesondere für die dabei erforderlichen Investitionen gilt es, Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Welchen Beitrag Bürgerinnen und Bürger in Kommunalparlamenten, in Bürgerinitiativen und Verbänden leisten können, um das Abwasserproblem in Brandenburg zu lösen, möchten wir mit Ihnen gemeinsam beraten. Die Forderungen der PDS liegen seit langem auf dem Tisch.

- Statt Anschluß- und Benutzungszwang sollen sich Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt für die Form der Abwasserentsorgung entscheiden können
- keine Andienungspflicht
- Variantenvergleiche sind unabhängig zu erstellen und nicht durch die Zweckverbände
- gleiche Förderung für alle sinnvollen Lösungen der Abwasserentsorgung
- keine Neuerhebung von Beiträgen für Altanschlüsse

MARGITTA MÄCHTIG

Anmeldung: aus Platzgründen dringend bis zum 15. August 2005 erforderlich!!!
Telefon: 03338/459294 u. 459293, Fax: 459295, e-mail: kfland-brandenburg-ev@gmx.de oder per Post: »kommunalpolitisches forum Land Brandenburg« e.V., Regionalgeschäftsstelle NOB, Heinersdorfer Str. 8, 16321 Bernau
Tagungsgebühr: 5 Euro (incl. Tagungsgetränke und Imbiß wird am Tagungsort erhoben)

CONTRASTE in Bedrängnis

Die finanzielle Lage unserer Zeitung für Selbstorganisation sieht zur Zeit sehr ernst aus, trotzdem die Qualität gehalten bzw. gesteigert wurde. Wobei die CONTRASTE wichtig und einzigartig darin ist, nicht nur aufzuzeigen, daß eine andere Welt möglich ist, sondern vor allem in einem großen Spannungsbogen darüber zu berichten und auszuloten, in welcher vielfältiger Weise diese schon begonnen hat. Viele freiheitsliebende Projekte, Initiativen, Genossenschaften, Umsonstläden, Kommunen usw. stehen dafür. Dabei ist nicht ein einziges davon ein Leuchtfeuer der Zukunft, alle sind von Widersprüchen, Hürden und Hindernissen des Neuen im Alten gezeichnet. Aber in allen blitzt mehr oder weniger auf, was »anders leben« jetzt schon bedeutet und was »anders leben« zukünftig bedeuten könnte, wenn ein buntes und breites Netzwerk daraus geworden sein wird: der Beginn einer Gesellschaft, worin die Entfremdung des Menschen von sich selbst und der Natur zunehmend überwunden wird. Wo Selbstentfaltung zugleich zur Entfaltung von Gesellschaft beiträgt.

Hier und heute das Aufblitzen einer menschlicheren Zukunft in der CONTRASTE zu spiegeln, ist eine unserer gestellten Aufgaben. Wie gut uns RedakteurInnen und AutorInnen das jeweils gelingen mag oder gelungen ist, darüber läßt sich je nach Messlatte ausgiebig jubeln oder lamentieren. Einigkeit besteht aber darin, daß ein Verlust der CONTRASTE ein herber Verlust für die alternative Bewegung überhaupt bedeuten würde.

Was ist uns – den Redaktionen, den vielen AutorInnen, den LeserInnen – nun die CONTRASTE wert? Gerade in Zeiten von Hartz IV, die geradezu nach Alternative schreien. Die Deckungslücke unseres Zeitungsprojektes beträgt beim Schreiben dieser Zeilen für dieses Jahr noch 5.301,49 Euro. Inzwischen sind wieder etliche Spenden eingegangen. Es fehlen noch 4000 Euro. Für viele Organisationen ist dies ein Klacks. Für das Weiterbestehen unseres Zeitungsprojektes muß Geld aber unbedingt aufgebracht werden. Daher der Appell:

Greifen wir uns alle, ob Leserin/Leser, Autorin/Autor, Redakteurin/Redakteur, in die Tasche. 10, 20, vielleicht sogar 50 oder 100 Euro. Und es ist geschafft.

HEINZ WEINHAUSEN

CONTRASTE abonnieren!

Die Printausgabe der CONTRASTE erscheint 11mal im Jahr und kostet im Abo 45 EUR. (Schnupperabo für drei Monate gegen Voreinsendung von 5 EUR in Briefmarken oder als Schein, läuft automatisch aus)

Bestellungen an: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, Tel. (0 62 21) 16 24 67, Fax 16 44 89, EMail: CONTRASTE@t-online.de, Internet: <http://www.contraste.org>

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste unter: <http://de.groups.yahoo.com/group/contraste-list>.

Vogelschlag und Windkraftanlagen

Energiesparkontor Barnim fordert Versachlichung der Diskussion

Ulrich Thiessen (»Windräder töten Tausende Vögel«, in MOZ vom 28.07.2005) hat sich mit dieser Überschrift und mit seiner Bezeichnung von Windkraftanlagen als »besonders effektive Vogelschredder« m.E. als seriöser Journalist disqualifiziert. Er kennt offensichtlich keine Shredder und deren Arbeitsweise. Die von ihm genannten Fakten werden sehr emotional und unsachlich dargestellt.

Die Bundesregierung hat in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP zur »Gefährdung einheimischer Greifvögel- und Fledermausarten durch Windkraftanlagen« sachlich Stellung genommen. Sie verweist dazu unter anderem auf US-Studien. Danach kollidierten etwa 60 bis 80 Millionen Vögel mit Fahrzeugen, bis zu 98 Millionen mit Gebäuden und Fenstern, bis zu 17 Millionen mit Freileitungen und bis zu

40 Millionen mit Sendemasten. Dem gegenüber liegt die Zahl der mit Windkraftanlagen kollidierten Vögel bei etwa 10.000 bis 40.000.

Einen weiteren Beitrag zur Versachlichung lieferten die Ergebnisse des NABU über die Auswirkungen regenerativer Energien auf die biologische Vielfalt am Beispiel der Vögel. Danach seien Beeinträchtigungen der Vogelfauna durch Windenergieanlagen nicht in dem Maße eingetreten wie es in der Vergangenheit vermutet und in der Presse dargestellt wurde.

Zur Verminderung der Vogelschlaggefahr wird eine standortbezogene Risikoabschätzung im Einzelfall vorgenommen. Insgesamt sind den Angaben zu Folge im Erfassungszeitraum von November 1999 bis November 2004 bundesweit 278 tote Vögel und 285 tote Fledermäuse an Windkraftanlagen gefunden und als

Schlagopfer erfaßt worden. Darunter waren 44 Rotmilane, 32 Mäusebussarde, 14 Seeadler, 12 Silbermöven und 10 Turmfalken. Zu den geschützten Vogelarten Rotmilane und Seeadler wird dargelegt, daß die Bestandszahlen der Seeadler – mit 467 Brutpaaren im Jahr 2004 – stetig zugenommen hätten. Bei den Rotmilanen lasse sich auf Grund der aktuellen Daten keine Bestandsveränderung feststellen.

Auch der Deutsche Naturschutzring bestätigt, daß sich der Ausbau der Windenergie mit den Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes vereinbaren läßt.

Bis Dezember 2004 waren in Deutschland 16543 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 16629 MW installiert. Dadurch wurden erheblich weniger CO2 emittiert.

KURT HILKER, Energiesparkontor Barnim e.V.

Ausstellung HOLZ 7

Eberswalde (mühle). Die Gruppe Holzgestaltung des Vereins »Die Mühle e.V.« hat im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Sommer in der Mühle 2006« wie auch in den vergangenen Jahren eine reine Holzausstellung ausgerichtet. Seit 23. Juli ist die Ausstellung »HOLZ 7« in der »Zainhammermühle« zu sehen. Die Ausstellung zeigt in bunter Mischung verschiedener Bearbeitungstechniken, welche gestalterischen Möglichkeiten der Werkstoff Holz bietet und seine natürliche Schönheit. Ausgestellt werden neben den Drechselarbeiten dieses Mal auch diverse Möbel und Schmuck aus Holz. Die Palette der verarbeiteten Holzarten reicht von der märkischen Kiefer mit ihrer schönen Maserung, über heimische Buche, Birke und Ulme bis zu tropischen Hölzern wie Palisander, Zebrano und Padouk.

Als Gast präsentiert der mecklenburgische Holzgestalter Wolfgang de Vries einige seiner interessanten Werke. Die wie wir denken interessante Ausstellung ist an den Wochenenden bis zum 14.08.05 von jeweils 14.30 bis 18.00 Uhr geöffnet.

Abschlußveranstaltung

Eberswalde (prest-ew). Die Sonderausstellung »Eberswalder Ausgrabungs(Ge)schichten« mit spektakulären Funden aus dem mittelalterlichen Eberswalde wird am 14. August um 15 Uhr mit einer Abschlußveranstaltung im Museum in der Adler-Apotheke beendet. Der Autor der Präsentation Dr. Christof Krauskopf wird die wichtigsten Erkenntnisse der archäologischen Ausgrabungen in Wort und Bild zusammenfassen. Seine wissenschaftlichen Darlegungen gestaltet die Gruppe »Marca brandenburgensis anno 1260« lebendig nach. Mit praktischen Vorführungen versetzen sie die Besucher in das mittelalterliche Eberswalde.

9000 Bananen für guten Zweck

BUS und GLOBUS Naturkostladen ermöglichen Vorleseinitiative für Kinder

Eberswalde (bus). Torsten Pelikan, der Inhaber des GLOBUS Naturkost und Naturwaren ist in Eberswalde und der Region als erfolgreicher »Überzeugungstäter« bekannt. Sein Geschäft wurde mehrfach mit Preisen der Biobranche ausgezeichnet, erst kürzlich hat er die Prüfung für die Regionalmarke des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin bestanden und darf demnächst mit dem Prüfsiegel für sich werben.

Daß sein Herz in jeder Hinsicht für die Region schlägt, hat der Ladeninhaber im Frühjahr erneut bewiesen. Im März versprach Pelikan der Barnim-Uckermark-Stiftung (BUS) seine Unterstützung. Für jedes verkaufte Kilo Bananen wolle er der regionalen Bürgerstiftung 50 Cent spenden. »Ein Naturkostladen, der auf regionale Produkte setzt und eine Stiftung, die in der Region etwas bewegen will - die konnten doch gute Partner sein«, begründete der Unternehmer damals sein Engagement.

Die Barnim-Uckermark-Stiftung ist eine Bürgerstiftung für die Landkreise Barnim und Uckermark. »Die Stiftung wurde von Menschen gegründet, die hier zu Hause sind und etwas in ihrer Heimatregion bewegen wollen, aber auch von Menschen, die in anderen Bundesländern leben und eine Bindung hierher haben«, erklärt André Koch, der Geschäftsführer der Stiftung. Die Stiftung wolle das bürgerschaftliche Engagement in der Region stärken. »Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, der wachsenden Resignation und dem Pessimismus etwas entgegenzusetzen: Eigeninitiative, Gemeinsinn, Verantwortung«, umschreibt Koch das Anliegen der Stiftung.

Dem Naturkostunternehmer Pelikan gefiel vor allem eine Idee der Barnim-Uckermark-Stiftung. Um bei Kindern die Lust auf Bücher

zu wecken und auf diese Weise etwas gegen die zunehmende Leseunlust und Leseschwäche bei den Heranwachsenden zu tun, hat die Stiftung die Gründung einer Vorleseinitiative angeregt. In der Zwischenzeit sind fünfzehn erwachsene Vorleser gefunden, die in ihrer Freizeit Kindern im Alter zwischen 4 und 12 Jahren regelmäßig vorlesen wollen. Die Vorlesenachmittage starten Mitte August mit Beginn des neuen Schuljahres. »Lesen zu wollen und zu können ist ein entscheidendes Element für die Bildungschancen der Kinder. Und wie wichtig Bildung für das spätere Leben ist, wissen wir doch alle. Deswegen wollen wir uns gerade in diesem Bereich engagieren«, erklären Koch und Pelikan unisono.

Daß der auf regionale Produkte spezialisierte Naturkostladen ausgerechnet mit dem Verkauf von Bananen die Stiftung unterstützen will, erscheint auf den ersten Blick irritierend. »Ich habe ein Produkt gesucht, daß sowohl ausreichend Umsatz macht, als auch ganzjährig verfügbar ist. Deswegen Bananen statt eines regionalen Produktes«, erklärt Pelikan und verwendet das Dilemma als Werbemittel. Auf den Plakaten zur Aktion werben Globus und Bürgerstiftung mit einer riesigen Banane und der selbstironischen Überschrift »Bananen aus der Region«.

Seit Beginn der gemeinsamen Kampagne haben Pelikan und seine Mitarbeiter circa 9.000 Bananen verkauft, das sind über 1,7 Tonnen. Die Barnim-Uckermark-Stiftung darf sich in dieser Woche über einen Spendenscheck in Höhe von 850 Euro freuen. »Und das beste daran ist, daß die 'Bananenkampagne' weitergeht. Torsten Pelikan hat seine Unterstützung zeitlich nicht begrenzt«, freut sich Koch.

Linkspartei.PDS Eberswalde:

Sommerfest am Weidendamm

Die Ferien sind vorbei – der Sommer aber noch nicht. Eine gute Gelegenheit für das Sommerfest der Linkspartei.PDS Eberswalde auf dem Weidendamm (hinter dem Café am Weidendamm).

Schon lange geplant, bekommt das Sommerfest wegen der vorgezogenen Bundestagswahl eine besondere Bedeutung. Das Sommerfest 2005 am Sonnabend, dem 20. August, wird zum Wahlkampfauftakt der Linkspartei.PDS Eberswalde zur Bundestagswahl 2005. Dementsprechend bestimmen die politischen Inhalte das PDS-Stadtfest.

Im Mittelpunkt stehen unsere Alternativen zu den aktuellen »Reformen« der Bundesregierung für den Arbeitsmarkt (Hartz IV), auf dem Gebiet der Steuern, im Gesundheitswesen und viele Dinge mehr. Selbstverständlich kommen auch die Kommunal- und Landespolitik nicht zu kurz. Als kompetente Gesprächspartner stehen Ihnen Dr. Dagmar Enkelmann (stellvertretende Bundesvorsitzende der Linkspartei, PDS-Fraktionsvorsitzende im Brandenburger Landtag und Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl am 18. September), Petra Pau (Bundestagsabgeordnete der PDS und ebenfalls Kandidatin für die Bundestagswahl) sowie Heinz Vietze (Mitglied des Brandenburger

Landtages) zur Verfügung. Außerdem erwarten wir den Wirtschaftsexperten der PDS im Landtag Brandenburg, Ralf Christoffers. Selbstverständlich wird Ihnen auch die Direktkandidatin für den Bundestagswahlkreis Uckermark/Barnim Irene Wolff-Molorciuc Rede und Antwort stehen.

Etwas leichtere, aber keineswegs unpolitische Kost gibt es ab 15 Uhr, wenn sich der bekannte Fernsehnachrichtensprecher der Aktuellen Kamera Klaus Feldmann mit seinem Programm »Wir sehen nicht weg!« präsentiert.

Zum Programm gehören zudem die Darbietungen der Kinder der Kita »Zwergenland«, der Tanzgruppe »Palanka« und der Auftritt der Band »Tympana«. Am Abend sorgt die Disko R. Pigard für die richtige Stimmung. Einheimische Händler sorgen für die kulinarische Betreuung und bieten ihre Waren an. Die Kinder dürfen sich auf Ponyreiten, Hüpfburgspringen, Schminkstraße und anderes freuen.

Das Sommerfest der Linkspartei.PDS Eberswalde am Sonnabend, dem 20. August, beginnt um 14 Uhr. Alle Gäste sind eingeladen, mit uns bis 22 Uhr zu feiern.

Ich wünsche allen viel Spaß.

JENS-OLAF MELZOW, *Stadtvorsitzender der Linkspartei.PDS Eberswalde*

Kinderzeichenwettbewerb

Malt Euch eine »Stadt der Zukunft«

Eberswalde (rw/bbp). Seit Anfang des Jahres bis zu den Schulferien trafen sich Kinder aus dem Brandenburgischen Viertel in Eberswalde einmal wöchentlich für zwei Stunden zu einem Kunst-Zeichenkurs. Am Ende nahmen acht Teilnehmer zwischen 6 und 14 Jahren das Angebot wahr. Viel mehr hätten auch in den Projekträumen der Spätaussiedlergruppe Kontakt kaum Platz zum Malen und Zeichnen gehabt.

In den vergangenen Monaten konnten sich die Kinder hier künstlerisch ausprobieren. Der Spaß am Umgang mit verschiedener Mal- und Zeichentechniken war das Ziel, aber auch die Phantasieförderung war wichtig. Am Ende brachte jeder seine Ideen zum Thema »Meine Stadt der Zukunft« zu Papier.

In den Kinderzeichnungen findet sich die ganze Bandbreite wieder, vom Einfamilienhaus im Grünen bis zur baumlosen Landschaft mit düster wirkenden Hochhäusern. Eduard setzte eine belebte Straßenkreuzung in den Mittelpunkt, während Volodja eine futuristische Stadtarchitektur entwarf. Alina arbeitete mit Pastellkreide an einem riesigen Baumhaus. Irina erfand farbenfrohe Wohntürme mit Zwiebeldach und Blumenornament.

Der Kinder-Zeichenkurs ist der Initiative von Irina Holzmann von der Selbsthilfegruppe »Kontakt« zu verdanken, die sich der Integration der sogenannten »Spätaussiedler« aus den

Nachfolgestaaten der Sowjetunion widmet. Das Projekt wurde durch das Programm »Soziale Stadt« finanziell gefördert. Die künstlerische Leitung dieser Gruppe hatten Katrin Sternberg und Reinhard Wienke vom Kunstverein »Zainhammer Mühle« übernommen. Irina Dessert von der Selbsthilfegruppe »Kontakt« kümmerte sich um das Organisatorische.

In den Schulferien waren die Bilder der Kinder zunächst im »Quartiershof« des Brandenburgischen Viertels, der ehemaligen Kaufhalle in der Kyritzer Straße, zu sehen. Anschließend sollen sie in Form einer kleinen Wanderausstellung in Eberswalde gezeigt werden. Gesucht werden noch geeignete Räumlichkeiten für bis zu 15 Bilderrahmen wie zum Beispiel Wartezimmer oder Seniorenheime.

Mit der Ausstellung fiel zugleich der Startschuß für einen Zeichenwettbewerb zum Thema »Meine Stadt der Zukunft«. Alle Eberswalder Kinder und Jugendliche, die gerne malen, können sich daran beteiligen. Wie stellt ihr euch Eberswalde in 50 Jahren vor?

Malt, zeichnet oder bastelt euer Traumhaus. Schreibt euren Namen, euer Alter und die vollständige Anschrift auf die Rückseite des Bildes und schickt es an: SHG »Kontakt«, Spreewaldstraße 20-22; 16227 Eberswalde (Rückfragen: Selbsthilfegruppe »Kontakt« Tel.: 3873070 oder Reinhard Wienke, Tel: 281818).

Chorinfest

Das Evangelische Chorinfest führt seit vielen Jahrzehnten Christen der weiteren Umgebung zu einem regionalen Kirchentag zusammen. In diesem Jahr laden wir am Sonntag, den 4. September in der Zeit von 11 - 15 Uhr dazu ein. Im Mittelpunkt steht ein festlicher Gottesdienst in der malerischen Klosterruine des ehemaligen Zisterzienserklosters Chorin. Damit beginnt ein bunter Tag auf dem Klostergelände mit einem Markt der Möglichkeiten und Veranstaltungen unterschiedlicher Art.

Immer wird das Programm seine Beziehung haben zu den geistlichen Ursprüngen dieses Ortes. Immer wird es aber auch noch Formen des Glaubens in unserer heutigen Zeit suchen. In diesem Jahr ist das Chorinfest verbunden mit dem Kreiskirchen- und Kreisdiakonietag des Kirchenkreises Barnim. Das Thema lautet »Fels in der Brandung«. Jesus sagt zu Petrus »ich habe für dich gebeten, daß dein Glaube nicht aufhören möge«. Ganz sympathisch nahe ist dieser Satz unseren Kirchengemeinden. Petrus wird durch seinen Glauben zum Fels in der Brandung und wir sind es heute in Brandenburg auch. Sie merken schon, es wird ein Evangelischer Petrustag aus dem Chorinfest in diesem Jahr. Die Kirchengemeinden, die Diakonie und die kirchlichen Werke werden sich vorstellen. Für Jung und Alt wird es ein spannender und farbenfroher Tag mit vielen Angeboten und Anregungen. Gäste aus nah und fern werden dabei sein. Die besondere Landschaft, die das Kloster umgibt, mit ihren herrlichen Wäldern und urtümlichen Sümpfen regt dazu an, den Besuch auf dem Fest mit einem Spaziergang zu verbinden. Wer einen Pilgerweg gehen möchte, wird sich einem erfahrenen Wegbegleiter anschließen können, wer eines der vielen musikalischen Angebote wahrnehmen möchte, der sollte dann im Klostergelände auf seine Kosten kommen, denn von Klassik bis Gospel ist für jeden Geschmack etwas dabei.

HANNS-PETER GIERING

Dorfkirchensommer

Sonntag, 21. August, 16 Uhr

Klosterkapelle Chorin bei Eberswalde
»Hildegard von Bingen – Die Musik der großen Mystikerin des Mittelalters«. Meditatives Konzert mit Tanz. Es musizieren Gabriele Bultmann und Daniele Ruzzier. Karten: 9 Euro, ermäßigt 7 Euro

Sonntag, 28. August, 17 Uhr

St. Annen-Kirche Zepernick bei Bernau
Konzert für Akkordeon und Orgel mit Susanne und Veli Kujala, Helsinki

Vom 1. Mai bis zum Reformationstag am 31. Oktober 2005 lassen Konzerte, Tänze, Lesungen, Ausstellungen, Festgottesdienste und Gemeindefeste die Dorfkirchen Brandenburgs wieder zu kulturellen Anziehungspunkten werden.

Das komplette Programm mit einem Verzeichnis aller Veranstaltungsorte finden Sie im Internet unter: www.dorfkirchensommer.ekbo.de.

DOROTHEA MARTIN

Ein Jahr Montagsdemos in Eberswalde

Als Gäste sind Montagsdemonstranten aus benachbarten Städten eingeladen. Es werden prominente Redner sprechen und ein Kulturprogramm zu erleben sein.

Montag, 22. August 2005, 17.30 Uhr
Marktplatz Eberswalde

Sommerfest im Reimannviertel

Am 13. August findet im Brandenburgischen Viertel das diesjährige Sommerfest statt. Viele fleißige Helfer haben sich auch in diesem Jahr aktiv an den Vorbereitungen beteiligt.

Um 14 Uhr eröffnet der Spielmannszug »Eberswalder Spielleute 1963« e.V. das Fest. An Spiel-, Mal- und Bastelständen erwartet Jung und Alt ein vielseitiges Angebot. Rund um die Sporthalle des SV Medizin an der Schorfheidestraße sind ein Märchenerzähler, sportliche Aktivitäten, Torwandschießen, Kletterberg, Springburg und Schwungtuchaktivitäten u.v.m. zu finden. Als ein besonderes Angebot stellt »Tauchsport-Service-Technik« ein Becken zum Schnuppertauchen auf.

Das Programm wird unterstützt durch DJ Jogy und die lustige Hexe Pixelpax hat wieder ein nettes Programm für die Kinder zusammengestellt. Die SHG »Kontakt« wird mit ihrer Kindertanzgruppe und dem Frauenchor zum Gelingen des Festes genauso beitragen



wie die Tanzmäuse des Tanzhauses Eberswalde und eine Linedancegruppe. Vorführungen der Taebo-Schule des BBV und der Kampfschule »San-da Kempo« finden sicher auch ihre Anhänger.

Für das leibliche Wohl der Besucher ist mit Kaffee, Kuchen, Limo und Bratwurst bestens gesorgt.

C. SPRENGEL, Quartiersmanagerin

Nun ist es soweit, nach einem verregneten Pfingstfest und einem verpatzten Nachholtermin hier das Programm für den

2. Altenhofer Liedersommer

Freitag, den 26. August

19 Uhr Ausstellungseröffnung: »Mit Se(h)zeichen zum Tango«

21 Uhr Filmabend beim Bootshaus am Breten »Gundermann & Silly unplugged (22.11.94 Lindenpark Potsdam)«, Eintritt: frei

Samstag, den 27. August

Lieder mit Stimme & Instrument am Werbellinsee! »... bleib heute wach Brunhilde, wir feiern noch'n Fest ...«

haase&band

Dota die Kleingeldprinzessin

Bianca Kliese (flute), Sonny Thet (cello) Thomas Hopf (guitar)

»... und was sollte besser sein, als ein Abend im Frieden!!!«

Beginn 20 Uhr, Einlaß ab 19 Uhr

Eintritt: Erwachsene ab 18 Jahre 10 Euro, Schüler+Studenten 6 Euro, Kinder unter 10 Jahren frei!

Sonntag, den 28. August :

11 Uhr »Liederfrühstück« Bootshaus Breten
 Eintritt: frei

Achtung: Junge Liedermacher gesucht!!

Am 27.08.2005 sind Liedermacher bei freiem Eintritt zum 2. Altenhofer Liedersommer am Nachmittag zwischen 18 – 19 Uhr zum Auftritt mit ihrem besten Lied eingeladen!

Bitte unter »altenhofer kulturkreis« beim Bootshaus am Breten oder per Email bei Guenter. Landmann@t-online.de melden – die oder der Beste erhält ein Engagement zum 3. Altenhofer Liedersommer 2006 ...

GÜNTER LANDMANN,

Vorsitzender altenhofer kulturkreis e.V.

Der Altenhofer Liedersommer wurde in Erinnerung an den Liedermacher Gerhard Gundermann ins Leben gerufen, der u.a. 1996 in Altenhof ein Konzert gab und mit 43 Jahren viel zu früh verstarb.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe

Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)

ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoooogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Mächtig (1), Markmann (2), Sprengel (1), Triller (2)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

redaktions-schluß: 6. August 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßig 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 3.9.2005, 12 Uhr.